

schlands
Mitglieder-
er, morgens
11hr
ammlung
Kampfe um
n Verbände
5141
en.
er Versamml-
Vorstand.
5157
inen
s. Nr.
dernstr.
12.
chaft.
4941
3
en
en, Mische,
n. L. Kofelsh,
[5116]
eu
Unterjaden,
Zachentlicher,
n billigen bei
tweide, Bünde,
4936
offeln,
bei Heit-
5089
t,
n, zum Kochen,
lig abzugeben.
47. [5100]
offeln
Helmut Dörner,
5137
D.
eingetroffen
bei Otto Knafe,
5089
gen, [508
165-216 Nr.,
zu vermieten,
Häckerstraße 61.
gen,
zu erfahren
r. 23. 5091
ng,
über noch frei.
5154

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Bernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 223.

Bielefeld, Freitag, 24. September 1909.

20. Jahrg.

Insertionspreis
für die einseitige Beilage ober-
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertions-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag von
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Am gestrigen 2. Tage der Gewerbegerichtswahlen wurden insgesamt abgegeben ein- schließlich der Stimmen vom 1. Tage für Liste I 4652, für Liste II 441. Auch nach diesem Resultat würden die Christlichen noch keinen Vertreter erhalten! Es gilt jetzt für die Arbeiterschaft Bielefelds, den einmal erreichten Vorsprung zu behalten und wir richten an jeden aufgeklärten Arbeiter das dringende Ersuchen, noch in letzter Stunde unter allen Um- ständen sein Wahlrecht auszuüben.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Bülow und der Kaiser.

Einen wesentlichen Bestandteil von Bülows politischem Testa- ment, mit dem er von der Schaubühne abtrat, bildete der Vor- wurf, daß die Konservativen ihn durch ihr Verhalten bei der Finanzreform gestürzt hätten. Er, der Vater der Wodopolitik, habe die Verhinderung des Wodos nicht ruhig mit ansehen können, ebensowenig wie er die Ablehnung der Erbchaftsteuer, für die er sich verpflichtet gehabt habe, sich gefallen lassen konnte. Die „staatsverhaltenden“ Konservativen wurden vom diesem Vor- wurf sehr betroffen, und sie haben sich in den letzten Monaten rechtlich Mühe gegeben, der Deutlichkeit zu beweisen, daß sie Bülow sehr zu Unrecht beschuldigt habe. Indessen, kein Mensch hat den Vorwürfen der konservativen Parteiführer und Blätter geglaubt. Jetzt springt das Zentrum, dem bekanntlich der gleiche Vorwurf gemacht wird, den konservativen Bundesbrüdern zu Hilfe und versucht nachzuweisen, daß Bülow nicht über die Finanzreform und auch nicht über die geachtete Wodopolitik, sondern über sein Verhalten gegen den Kaiser bei der bekannten Kaiser-Interview-Affäre gestürzt sei.

Die „Märkische Volkszeitung“ — ein Ableger der ultra- montanen „Germania“ — bringt einen großen Artikel, durch den an der Hand von Einzelsachen der Nachweis erbracht werden soll, daß die volle Verantwortung für das Kaiser-Interview und für die Veröffentlichung in der Presse auf Bülow fällt. „Ehe der Kaiser sich nach England begab, hatte er“, so erzählt die „Märk. Volkszeitung“, „eingehende Unterredungen mit dem Reichskanzler, um mit diesem alles durchzusprechen, was während des Aufenthalts geschehen könne, um eine Verbesserung des Verhält- nisses mit England herbeizuführen; in diesem Gespräch zeigte sich vollkommene Uebereinstimmung zwischen Kaiser und Kan- zler, und dabei wurden alle Materien, die in dem späteren Inter- view sich fanden, besprochen.“

Der Kaiser führte dann während seines Aufenthalts in Mithras die Unterredungen ganz im Sinne der Rücksprache mit dem Reichskanzler; er blieb auch in stetem Kontakt mit die- sem und verständigte ihn durch Briefe über alle Unterredungen. Fürst Bülow aber erklärte sich in ganz überhöflichen Briefen mit dem Vorgehen des Kaisers völlig einig; diese Briefe werden später einmal ein ganz eigenartiges Licht auf das Ver- halten des Reichskanzlers werfen.

Die Ansprache des Kaisers mit hervorragenden Engländern erreichte ihren Zweck; man beurteilte in diesen Kreisen Deutsch- land nun wesentlich günstiger. Dieser Erfolg ermutigte uns *) die Mitteilungen des Kaisers einer breiteren Öffentlichkeit vor- zulegen. Dem Kaiser wurden die Grundgedanken der Ansprache in einem sehr deutlich geschriebenen Manuskript vor- gelegt; es sollten daraus eine Reihe von Leitartikeln in der eng- lischen Presse fertiggestellt werden. Die von den deutschen Offi- zieren später gebrauchte Ausrede von dem „schwer lesbaren Manuskript“ kann nur Heiterkeit erregen; niemand wird wegen, dem Kaiser ein solches Manuskript zu unterbreiten; es war mit Rücksicht auf die Herstellung. Der Kaiser las es durch, machte einige Randnotizen und gab den direkten Auftrag, dem Reichs- kanzler das Manuskript zuzusenden mit dem Ersuchen, es auf seine historische Wichtigkeit zu prüfen und über die Opportunität der Veröffentlichung zu berichten.

Als die Sendung in Nordsee eintraf, ging sie von hier weiter an das Auswärtige Amt mit der Weisung, drei Ab- schriften herzustellen (was geschehen ist) und den Inhalt der Aufzeichnungen mit den Allen zu vergleichen. Das Auswärtige Amt kam diesem Auftrage nach; sowohl der heute noch amtierende Unterstaatssekretär Stiemrich wie der Geheimrat Klebmet laßen das Manuskript durch und bestätigten die Wichtigkeit des In- haltes. Mit diesem Begleichschreiben ging die Sache nach Nor- dsee zurück. Ob der Reichskanzler nun auch jetzt entgegen dem strikten kaiserlichen Auftrag das Manuskript nicht las, entzieht sich unserer Kenntnis, jedenfalls steht fest, daß er sich mit der Publikation ebenso einverstanden erklärte, wie mit dem Inhalte. Dann erschien das Manuskript als Interview und wurde sowohl durch das Wolff-Bureau wie durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weitergegeben, und zwar ohne jede Beanstandung, da es mit den in Berlin liegenden Abschriften übereinstimmte.

Die Wirkung der Publikation im In- und Auslande war aber nicht die gewünschte, und nun sprang Fürst Bülow beiseite und ließ die Pfeile auf den Kaiser prasseln, statt ihn durch voll- ständige Aufklärung des Sachverhalts zu schützen. Das einge- reichte Entlassungsgesuch mußte abgelehnt werden. Fürst Bülow war es, der dem Kaiser den Rat gab, während der Reichstags- debatten sich von Berlin fernzuhalten. (Wie das Programm der Donauwächter Abendunterhaltung in das Bülowische Leibgarn gelangte, entzieht sich der Kenntnis unserer Gewährsmänner.) Als am 17. November dann die Ansprache stattfand, nahm sie einen anderen Verlauf, als es die offiziellen Reden darstellen liebten. Das frühere Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler war zerfallen; einzelne Mitglieder der kaiserlichen Familie sprachen sich sehr deutlich darüber aus. Fürst Bülow erkannte das Unhaltbare seiner Situation und bat am 11. März 1909

ernent um seine Entlassung. Das war vor der Sprengung des Wodos und vor der Ablehnung der Erbchaftsteuer. Der Kaiser lehnte sie angesichts der politischen Gesamtsituation ab mit den Worten: „Jetzt nicht!“ und jagte sich für den 12. März zum Diner an. Fürst Bülow hoffte nun wieder ganz im Sattel zu sitzen; aber er sollte an der Reichsfinanzreform „verbluten“.

Eine Musterkarte.

Franz Mehring schreibt in der „Neuen Zeit“:

Unter den Jahreskongressen, an denen Deutschland ja nicht arm ist, besitzt keiner in dem Maße das öffentliche Ohr, wie der sozialdemokratische Parteitag. In der postfesterlichen, aber zu- gleich durchschlagendsten Form wird die Tatsache durch den knappen Bericht bestätigt, der sie gestern noch als höchst blamabel bejammerte und sein eigenes Blatt als ehrenvolle Ausnahme hinstellte, aber schon heute in diesem Blatte gleich zwei ellenlange Artikel über den — sozialdemokratischen Parteitag veröffentlicht, den einen sogar höchst eigenhändig mit seiner Signatur be- zeichnend.

Nun würde es eine ebenso überflüssige wie weitläufige Arbeit sein, den Chor von bürgerlichen Stimmen über den Leipziger Parteitag im einzelnen abzuhehren. Jedoch in einer gewissen Be- schränkung hat eine solche Musterkarte augenblicklich allerdings ein gewisses Interesse. Wenn man nämlich die hauptsächlichsten Blätter des Freiinns in ihrer Stellung zum Leipziger Partei- tag und zur sozialdemokratischen Partei überhaupt keine paß- fahnen läßt, wird die ja auch auf dem Parteitag angeführte Frage der Beziehungen zwischen Liberalismus und Sozialdemo- kratie scharf beleuchtet, als durch die scharfsinnigsten Ausein- anderlegungen möglich ist.

Beginnen wir mit dem Begrüßungsartikel, den die „Welt am Montag“ dem Leipziger Parteitag widmete. Er war von Herrn v. Gerlach verfaßt, der eben dem jahrelang demütig gewesen ist, die Sozialdemokratie auseinanderzubringen. Dies hoffnungslose Be- ginnen hat er nunmehr aufgegeben; er nimmt die Sozialdemo- kratie als „große Kulturbewegung“ hin, und wenn er, was von seinem liberalen Standpunkt aus natürlich sein gutes Recht ist, sowohl an den „Radikalen“ als auch an den „Revisionisten“ noch manches auszuheben hat, so verliert er sich doch nicht in leere Illusionen oder moralische Nachmittagspredigten, sondern er jagt ganz vernünftig: bei den Stichwahlen müssen sich Freiheit und Sozialdemokratie gegenseitig unterstützen, um die Junfer- herrschaft zu brechen; mehr ist vorläufig nicht zu erreichen, aber für den Anfang genügt es auch.

Fragen wir nun aber, wer hinter dieser ganz-rationalen Anschauung steht, so lautet die Antwort: Herr v. Gerlach und vielleicht ein paar seiner persönlichen Freunde, aber auf keinen Fall die gegen zweihunderttausend Käufer der „Welt am Mon- tag“. Für sie sind die Leitartikel des Herrn v. Gerlach eine pikante Lektüre in der Erwartung des Montags, wie die selbsten Romane und Stützen, die den Rest des Blattes füllen, aber nicht mehr.

Anders steht es schon mit dem „Berliner Tageblatt“, das ebenso viel Abonnenten haben mag, wie die „Welt am Montag“, aber das mit seinem Leitartikel bei seinem zweimaligen Erscheinen am Tage viel enger verbunden ist. Allein eine organi- sierte Partei hat es auch nicht hinter sich; die objektive und verständige Haltung, die es seit einiger Zeit gegenüber der Sozialdemokratie einzunehmen bemüht ist, hat nur die eine Ursache, daß ein neuer Chefredakteur des Blattes objektiver und verständiger denkt, als sein Vorgänger. Damit ist nun auch nicht viel erreicht; der kapitalistische Weltstrom ist viel zu mächtig, als daß ein Schiff, das auf ihm schwimmt, durch den Stauer mann dauernd gegen ihn gedreht werden kann, mag seine Kraft noch so groß und sein Wille noch so ehrlich sein. Sobald sich ein Sturm erhebt, wird ihm das Steuer aus der Hand ge- rissen, wie in der Frage des schwedischen Generalstreiks. Er selbst reitet sich dann, und sei es noch so sehr gegen seine Ab- sicht, in moralische Nachmittagspredigten oder leere Illusionen. Sprechende Beweise dafür sind auf der einen Seite die unglau- blichen, selbst in der Schamaderpresse beispiellosen Ver- schimpfungen, mit denen das „Berliner Tageblatt“ kürzlich über den Genossen Kautsky herfiel, auf der anderen Seite seine Triumphe über den „Sieg des Revisionismus“ auf dem Parteitag in Leipzig.

Es muß sich deshalb sogar von der „Frankfurter Zeitung“ rüffeln lassen, die ihm sonst in vielem verwandt ist. Sie will die Schimpfereien über Kautsky, der doch nur ein verborbener Janatier sei, höchstens gelten lassen, wenn sie auf eine bö- sartige Kreatur abgelenkt würden, die sie nicht nennen wolle, worüber die ungenannte Kreatur hiermit dankend quittiert. Auch tadelt die Frankfurter den Freudenlärm des „Berliner Tageblatts“ über den „Sieg des Revisionismus“ als den vor- zeitigen Schrei des Schachabbers, vor dem der Schach um so schneller wieder in die Tiefe versinken werde. Deshalb darf man freilich nicht annehmen, daß am Steuererben des Frankfurter Blattes ehrlichere oder klügere Leute sitzen als am Steuererben des Berliner Blattes. Ganz im Gegenteil! Die jüdische Zeitung freit sich nicht ebenso in den bestfahnen Strudeln des kapitalistischen Weltstroms wie die norddeutsche; daher sieht es dem Laufe der Dinge mit einer Art mürrischen Stumpfinns zu, der intellektuell und moralisch genügend gekennzeichnet wird durch seinen blöden und schändlichen Ausfall auf die „pathologische Idee des Marxismus“, die erst gänzlich ausgerottet sein müsse, ehe die Sozialdemokratie zur Kulturmenschen gerechnet werden könne. So mag ein Mandrell in gerechtem Stolz einem

Menschen zureden: Wenn du nicht das logische Denken aufgibst, so wirst du nie ein echter Affe werden.

Doch da die „Frankfurter Zeitung“ höchstens eine politisch schlagfertige Korporation, aber nicht einmal eine politisch schlagfertige Kompagnie hinter sich hat, so wenden wir uns lieber der „Vossischen Zeitung“ zu, die wenigstens seit 1848, statt gemeinsam mit dem Proletariat die Junferherrschaft zu brechen, vielmehr aus albernem und feiger Angst vor dem Pro- letariat, sich hinter das Juntertum geflüchtet hat — wodurch natürlich Juntertum und Proletariat immer mächtiger gewor- den sind — in den fernsten Sag: Je stärker die Sozialdemo- kratie, desto stärker das Juntertum. Versteht — so rief die wadere Tante den Leipziger Delegierten zu, mit einem Kopni- den, das ihre Handbänder nur so flattern ließ — verzichtet auf den Mäntelkampf, auf die Republik, auf die Revolution, und die Reaktion ist nicht mehr. Die blendende Klarheit dieser Idee regte uns an, sie unserem Denkbildgen zu assimilieren, aber leider wurde dieser geistige Verdauungsprozeß durch ein schallendes und offenbar aufrichtiges Gelächter knuten-Derlets über die „liberale Narrheit“ in unliebsamer Weise unter- brochen.

Die zweite Idee der Tante Voss, die sie dem Leipziger Partei- tag ebenfalls vorgelesen hat, ist die „Theorie der falschen Stich- wahlen“. Nämlich dadurch, daß die Sozialdemokratie in jedem Reichstagswahlkreis eigene Kandidaten aufstellt, sollen diese Kandidaten oft in die Stichwahl gelangen statt der freisinnigen Kandidaten, die sonst hineingelangen würden, und so soll der Sieg der Junfer sichergestellt werden. Diese Theorie erscheint etwas unklar, aber die „Vossische Zeitung“ hält mit gutem Grunde an ihrer Unklarheit fest, da sonst der nackte Blödsinn ans Tageslicht kämpfen würde. Was die „Vossische Zeitung“ meint, ist dieses: wenn in einem Wahlkreis gegenüber dem Juntertum die Sozialdemokratie die stärkere und der Freiheit die schwächere Partei ist, so ist die Sozialdemokratie gleichwohl von Gottes und Rechts wegen verpflichtet, für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Stellt sie aber einen eigenen Kandi- daten auf, so macht sie eine „falsche Stichwahl“, die die frei- sinnigen Wähler dann von Gottes und Rechts wegen durch die Wahl des junferlichen Kandidaten berechnen müssen.

Kommen wir endlich zur „Freisinnigen Zeitung“, so steht sie in einer Beziehung den bisher beleuchteten Zeitungen sehr nach; während die Abonnenten der „Welt am Montag“ und des „Berliner Tageblatts“ nach Hunderttausenden, die Abonnenten der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“ nach Zehntausenden zählen, hat die „Freisinnige Zeitung“ deren viel- leicht vier- oder fünftausend, so daß sie seit den mehr als zwanzig Jahren ihres Bestehens in ewigem Dalles gelebt hat. Aber politisch wiegt sie alle jene Blätter auf, weil alles, was der Frei- sinn noch an organisierten und schlagfertigen Truppen besitzt, wenigstens in seiner Masse hinter ihr steht. Die „Freisinnige Zeitung“ aber, deren Leute nach dem wüsten Auspruch Gerlachs Wodofiziere nicht a. D., sondern à la suite sind, lernt nur die eine Schmach, wieder im Wod aktiv zu werden, begt nur den einen Wüsten vor jeder Verührung mit der Sozialdemokratie. Mit eisaltem Hohn ertigt sie das phan- tastische Gerede vom „Sieg des Revisionismus“ ab, und eben- sowenig denkt sie an ein Stichwahlbündnis mit der Sozial- demokratie; höchstens beunruhigt sie die Sorge, daß die Sozial- demokratie einmal müde werden könnte, die freisinnigen Kandi- daten gegen die Junfer herauszupacken, um ihre eigenen Kandi- daten durch den Freisinn an die Junfer verraten zu sehen. Ist sie über diesen zarten Punkt beruhigt, von dem freilich zum guten Teile das Dasein ihrer kümmerlichen Fraktion abhängt, so verrät sie die Arbeiterbewegung unbefehlen an deren ärgsten Feinde, wie denn die Haltung der „Freisinnigen Zeitung“ gegen- über dem Leipziger Parteitag das höchste Lob sowohl der „Deutschen Tageszeitung“ wie der „Kreuzzeitung“ geerntet hat.

Somit ergeben die Reflexe des Leipziger Parteitags auf die freisinnige Presse zwar eine bunte Musterkarte, aber die ent- scheidenden Gesichtspunkte treten doch klar hervor. Wo der Gedanke eines Bündnisses mit der Sozialdemokratie auf frei- sinniger Seite in halbwegs vernünftiger Form aufsteht, ist er eine Seitenblase, die dem biederem Bürgersmann die tagen- jämmerliche Laune des Montags ein wenig auffrischt; wo er sich praktisch auf freisinniger Seite durchsetzen könnte, stößt er auf einen so dumpfen Widerstand, als wenn er beim Juntertum selbst angelockt hätte. Das mag man beklagen, aber man soll sich nicht darüber täuschen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die rheinisch-westfälischen Schnapsbrenner gegen die preußi- schen Schnapsjunfer! In Dortmund waren vor einigen Tagen die Vertreter von 448 Brennereien versammelt, um zu beraten, wie man sich mit der Schnapssteuererhöhung abfinden solle, ohne mit den Gastwirten und Konsumanten in Fehde zu geraten. Den Herren hat jedenfalls eingeleuchtet, daß der Weg, den die Braue- reien und Gastwirte in einer großen Anzahl Orte beschritten haben, denn doch zu kostspielig ist und obendrein nicht immer

zum Bielefeld. Man einigte sich schließlich, wie uns berichtet wird, auf einen aus Solingen stammenden Vorschlag, in Zukunft nur noch reinen Kornbrennwein zu brennen und das Verschnitten mit Kartoffelsprit, das bisher mehr oder minder fast von jeder Brennerei geübt wurde, gänzlich einzustellen.

Dieser Beschluß bedeutet, in die Praxis umgesetzt, einen beträchtlichen Anstieg für die Spirituszentrale der Junker. Es ist ferner geplant, im Industriebezirk eine eigene Kornspirituszentrale zu schaffen und sich dadurch völlig unabhängig von den Junkern zu machen. Galt die rheinisch-westfälischen Brenne-reien Wort mit ihren Beschlüssen, dann ist den preussischen Schnapsjüngern außer dem organisierten Proletariat ein weite-ter Feind erwachsen, der ihm recht unbequem werden dürfte.

Vom Bierkrieg. In Merlohn tagte der Sonntag der west-fälischen Gastwirte, der die Förderung der vereinigten Gewerkschaftsartikeln, sich zu verpflichten, den freien Gewerkschaften allerorten die Säle zur Verfügung zu stellen, ablehnte. Die Wirte und Besitzer der Säle wollen sich hierüber selbst die Ent-scheidung vorbehalten. Der Bierkrieg wandte sich gegen die bürgerlichen Abgeordneten, von denen sich nicht ein einziger des Bierkrieges angenommen habe. Es sei eine wahre Ironie des Schicksals, daß die einzige Stimme gerade von der Partei gekommen ist, gegen die der Bierkrieg immer mobil gemacht werde, wenn es gelte, die Versammlungen dieser Partei un-möglich zu machen. Man verlangte allgemein, daß der Brauer-verein scharf gegen die Wirte vorgehe, die unter den fest-gesetzten Preisen Bier verkaufen.

Dernburg und der Baumwollbau. Staatssekretär Dern-burg, hat gestern eine Reise nach Amerika angetreten, um in den Baumwollgebieten der Vereinigten Staaten die Möglichkeit des Anbaues der Baumwolle in den deutschen Kolonien zu studieren. Seine Rückkehr wird ungefähr am 15. November erfolgen.

Eine antimilitaristische Gemeinheit. Elberfeld, 23. Sept. In der gestern vom Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde auch die Triole-Affäre Schicksal kritisiert. Darauf bot der Vor-sitzende des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes einen Wahrscheitens vor Gericht dafür an, daß der sozialdemokra-tische Reichstagsabgeordnete Dengsbach (Quisburg - Wilsheim) ähnliche Dinge begangen habe und die sozialdemokratische Partei-leitung davon auch unterrichtet sei. Dabei habe jedoch ein Ein-schreiten für unnötig erklärt, so lange die Angelegenheit nicht öffentlich bekannt und nicht ein Druck durch die bürgerliche Presse erfolgt.

Aus Dortmund wird uns noch mitgeteilt, daß eine dortige Zeitung unseren Genossen Seering mit der Meldung in Ver-bindung bringt. Seering soll in M.-Glabbach die Sache erzählt haben. Seering erklärt demgegenüber dies für erlogen von U bis 3, wie er denn überhaupt noch niemals in M.-Glabbach ge-meinen sei. Er sei aber auch der festen Überzeugung, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sei.

Die Rarier im Dienste des Zentrums. Bekanntlich hat der Zentrumsführer Trimborn geradezu gezwungen werden müssen, seinen Wählern den parlamentarischen Bericht zu erstatten. Eine Reihe von Zentrumsfunktionären hatten angesichts der Erregung, die die neuen Steuern hervorrief, der Parteileitung dringende Vorstellungen gemacht. Wie sich jetzt herausstellt, hat die Partei-leitung darauf ein vertrauliches Zirkular an die Vorsitzenden der Rarierbezirke geschickt, worin sie behauptet, daß Trimborn durch seine parlamentarische Tätigkeit für ihn in Aussicht genommen sei. An dieses Märchen glaubt in Köln kein vernünftiger Mensch, denn T. hat nach Erscheinen des Zirkulars noch dem eucharistischen Kongresse in Köln von Anfang bis Ende beigewohnt und die weite Reise nach Breslau zum Katholikentag gemacht, auf dem er durch seine sprudelnde Lustigkeit auffiel.

Hochverratsprozeß. Der 2. und 3. Strafsenat des Reichs-gerichts hat am 29. September wieder über einen Hochverrat zu verhandeln. Dieses Verbrechen ist der Redakteur Hermann Nech angeklagt, der in dem Organ der Berliner Anarchisten Artikel veröffentlicht hat, die eine antimilitaristische Tendenz haben sollen.

Landesversicherungsanstalten und Reichsversicherungsordnung. In Dresden fand am Montag eine Konferenz von Vertretern der deutschen Landesversicherungsanstalten statt, die sich mit Änderungsanträgen der Reichsversicherungsordnung be-faßte. Die Konferenz wandte sich entschieden dagegen, daß die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten beeinträchtigt werden. Sollte diese Absicht tatsächlich bestehen, so würde der Entwurf keine Verbesserung, sondern eine Ver-schlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten.

Der Bundesrat und die Reichsversicherungs-ordnung.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung wird gegen-wärtig von einem vom Bundesrat eingeleiteten Redaktionsan-schuh einer Umgestaltung unterzogen. Der Ausschuh hat die vom Bundesrat gefassten Beschlüsse in die Vorlage einzuarbeiten. Ueber die prinzipielle Stellung des Bundesrats zu dem Ent-wurfe ist schon verschiedenes in der Öffentlichkeit gedrungen. Nach den Mitteilungen des Geheimrats Dr. Wittmann, eines Mitverfassers des Werkes, hat der Bundesrat der Vorlage „in ihren grundsätzlichen Bestimmungen zugestimmt“. Dagegen habe dieselbe in ihren Einzelheiten zum Teil „tief eingreifende Ände-rungen“ erfahren. Jetzt teilt Professor Dr. Stier-Somlo, der ebenfalls an der Ausarbeitung der Vorlage beteiligt war, mit, daß nach seinen früheren Informationen die Reichsversicherungs-ordnung auch in der Fassung, die sie im Bundesrat erhalten, und in der sie an den Reichstag gelangen wird, den Vorschlag der Salbung der Stimmen in den Krankenkassenorganen und der Krankenversicherungsbeiträge enthalten wird.

Wer noch die Hoffnung gehabt hatte, die Regierung werde der vernichtenden Kritik, die die Vorlage von fast allen Seiten erfahren hat, einiges Gehör schenken, der ist bitter enttäuscht. Die Regierung will es wagen, eine neue, in ihren Folgen noch nicht abzusehende Entschärfung der Arbeiterschaft zu versuchen. Gerade die geplante Salbung der Rechte mit dem sonstigen bürokratischen Beiwerk ist der springende Punkt der ganzen Vorlage. Und würde letztere noch so viele Verbesserungen der Arbeiterversicherung bringen (die sie aber in Wirklichkeit nicht hat), die Beteiligung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen macht den Entwurf vollkommen unbillig.

Mit diesem Schritte beweist die Regierung nur, daß ihr die Wünsche der Großkapitalisten Rücksicht und Befehl sind. Die ganze Vorlage auch in der neuen Gestalt deckt sich genau mit den „Richtlinien“, die der Zentralverband deutscher Industrieller am 23. Oktober 1907 auf seiner Berliner Tagung aufgestellt hat. In denselben hieß es bezüglich der Krankenkassen:

„Dabei erklärt sich der Zentralverband namens des von ihm vertretenen größten und bedeutendsten Teiles der deutschen Industrie bereit, die Hälfte der Gesamtbeiträge zu den Kran-kenkassen anstatt des bisherigen Drittels zu übernehmen, so-fern die verbündeten Regierungen der Industrie die Sicher-heit geben wollen, daß in dem Gesetzentwurf über die Reform der Krankenkassen... Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Vorständen und Generalversammlungen je die Hälfte der Stimmen führen.“

Die verbündeten Regierungen sind von diesen Richtlinien seinen Finger breit abgewichen. Die „Sozialreform“ wandelt nur die Wege, die ihr die Unternehmer vorgezeichnet, wie schon das Hallenlassen der Gewerkschaften beweist.

Für die Arbeiterklasse erwacht daraus nun die Pflicht, so-fort energig in einen Abwehrkampf gegen die neuesten, reaktio-nären Vorschläge einzutreten. Es handelt sich um eine Frage, an der circa 20 Millionen deutscher Arbeiter direkt beteiligt sind.

Die letzten der neuen Steuern treten mit dem 1. Oktober in Kraft, und zwar sind das die Schenkungssteuer, die Branntweinsteuer-Erhöhung, die Steuer auf Beleuchtungsmittel und die Streichholzsteuer.

Was die Branntweinsteuer betrifft, so wird die Verbrauchs-abgabe von der innerhalb des Kontingents hergestellten Alkohol-menge von 50 Bg. auf 1,05 Bg. für den außerhalb des Kon-tingents hergestellten Alkohol von 70 Bg. auf 1,25 Bg. erhöht für den Liter Alkohol. Der Einfuhrzoll für ausländische Fabrikate wird ebenfalls erhöht. Branntwein und Branntwein-fabrikate, die sich am 1. Oktober im Besitz von Händlern be-finden, sind mit 35 Bg. pro Liter Alkohol nachzuversteuern.

Die Steuer auf Beleuchtungsmittel trifft die Glühkörper zu Gasglühlampen mit 10 Bg. das Stück, die Brennstifte zu elektrischen Bogenlampen mit 60 Bg. bis zu 1 Bg. für das Kilo-gramm. Für elektrische Glühlampen und Brenner zu solchen ist die Steuerumlage unterschieden nach der Wattstärke.

Die Rindmehrenten beträgt für Rindhölzer und der-gleichen Rindhölzer aus Strohhalmen oder aus Papp in Ver-hältnissen 1—1½ Bg. für Rindhölzer aus Stroh und Wachs in Schachteln für je 20 Stück 5 Bg. Es werden in Zukunft nur noch hergeteilt Streichholzpatente zu 10 Schachteln, jede Schachtel wird etwa 58 Hölzer enthalten, das Paket wird 28—30 Bg. kosten. Für alle am 1. Oktober vorhandenen Vorräte tritt Nach-versteuerung ein.

Die Schenkungssteuer befreit alle Schenkungen und Quittungen über Geldsummen, die aus Depositenguthaben gezahlt werden, mit 10 Bg. Steuer. Die Steuer trägt der Empfänger des Geldes oder Schenkter. Postschek und Schek, die dem Wechselverkehr unterliegen, bleiben von der Steuer befreit. Als Schenkstempel werden Stempelmarken verwendet.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 24. September.

Zum Bierkrieg in Bielefeld.

Waffenstillstand war's bisher eigentlich, und kein Krieg. Man hielt es für geraten, Genuß zu stehen, um den Verhandlungen der gemäßigten Kommission der Kontinenten-vertreter, der Wirte und der Brauereirepresentanten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Sie, die erst zu Verhandlungen bereit waren und durch ihren Geschäftsführer Herrn Schmidt in einer Sitzung vertreten ließen, haben nunmehr die Ver-handlungen abgebrochen, wenn auch nicht formell, so doch tat-sächlich. In der vorletzten Sitzung der Kommission wurde der Vorstand des Biervereins beauftragt, an die Brauereien Biele-felds und der Umgegend das Ersuchen zu richten, selbst an den Verhandlungen teilzunehmen und verbindliche Erklärungen ab-zugeben. Dem Auftrag wurde entsprochen und eine neue Sitzung auf gestern, Donnerstag, anberaumt. Der Einladung hatten aber nur die Vertreter der Brauereien Altmann u. Huber, Her-ford, Jellert und Gütersloh Folge geleistet. Dagegen lag ein Schreiben der Brauereivereinigungen vor, des Inhalts, daß die Brauereien an dem Vorschlag von 4 Bg. festhalten würden. Das Schreiben wurde von den Mitgliedern der Kom-mission als eine Bruchstange der Kommission bezeichnet. Man hatte allgemein den Eindruck, als ob durch dieses Schreiben die Brauereivereinigungen die Verhandlungen abbrechen wollten. Als Antwort stellten die Vertreter der Kontinenten persöhnliche Maßnahmen gegen die Brauereien in Aussicht, wollten aber auf Ersuchen eines der Herren Brauereibesitzer ein, mit der Er-öffnung der Verhandlungen bis Mitte nächster Woche zu warten. Wahrscheinlich für diese Entscheidung war die Erwägung, von der Seite der Kontinenten alles vertragen zu wollen, um eine ruhige Erledigung der Streitfrage herbeizuführen. Liegt bis Mitte der nächsten Woche eine entgegenkommende Erklärung der Brauereivereinigungen nicht vor, dann tragen diese die Verant-wortung, wenn es zu einer Bewegung kommt, deren Folgen nicht abzusehen sind.

Von dem Ernst der Situation ist der Geschäftsführer der Brauereivereinigungen durch das nachfolgende Schreiben Mit-teilung gemacht worden:

„Die unterzeichnete Kommission erklärt in der Nichtteil-nahme der Mehrzahl der Herren Brauereibesitzer an der ge-meinschaftlichen Sitzung am Donnerstag, 23. September, in der eine Verständigung betreffs des Bierkrieges herbeigeführt werden sollte, eine Bruchstange der Kommission und Wirte Bielefelds. Die Verantwortung für die nunmehr geistigste Situation tragen die Herren Brauereibesitzer, bezw. die Nord-deutsche Brauereivereinigungen.“

Die Kommission der Kontinenten wird deshalb nur dann wieder an einer gemeinschaftlichen Sitzung teilnehmen, wenn von den Herren Brauereibesitzern, bezw. der Norddeutschen Brauereivereinigungen die Genehmigung, zu verhandeln, fun-gegeben und der unterzeichneten Kommission hiervon Mit-teilung gemacht wird.“

Setzt haben also die Brauereien das Wort!

— **Nationalliberalen und Konfessionen.** Die in Bielefeld er-scheinenden „Nationalliberalen Monatsblätter“ für Minden, Ravensberg und Lippe beschäftigen sich in dem längeren Zeit-artikel ihrer neuesten Nummer mit den hier und da hervor-getretenen Streitigkeiten, wieder ein Bündnis mit einer Ver-ehrung zwischen Nationalliberalen und Konfessionen auf der früheren Grundlage anzubahnen. Sie lehnen das rundweg ab. Es heißt unter anderem in dem Artikel:

„Es hieße unsere Partei dem Abgrund zuzusteuern und sie ihrer Auflösung anzuvertrauen, wenn unsere Führer nach allen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sich den Konfessionen wieder in die Arme werfen wollten. Die Wähler würden ihnen zu diesem Ziele die Gefolgschaft verweigern.“

Offenlich halten die Liberalen auch an dem in diesem Ar-tikel vertretenen Standpunkt fest. Darüber müßten sie sich dann allerdings klar werden: Wollen sie nicht, besonders im Wahl-freie Bielefeld-Wiedenbrück, jeden politischen Einfluß verlieren, so müssen sie auch den Mut haben, bei den nächsten Landtags-wahlen einem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben.

— **Zur Beamtenbefolgungsreform.** In einer gestern abge-haltenen Sitzung des Finanzausschusses wurden die Vorlagen des Magistrats zur Neuordnung der Beamtenbefolgungen beraten. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Es soll den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, zu den Vorlagen Stellung zu ne-hmen. Vor der nächsten Stadtvorordnetenversammlung, die wahr-scheinlich am 6. Oktober stattfindet, soll dann noch einmal der Finanzausschuh tagen, um die Vorlagen zur Beschlußfassung in der Stadtvorordnetenversammlung vorzubereiten.

— **Die Verbandsmännerversammlung des Solzarbeiterverbandes** findet heute (Freitag) abends 6½ Uhr in der „Centralhalle“ statt.

— **Freie Volkshäuser.** Die Aufführung, mit welcher die heutige Winterreise eingeleitet wird, bringt Lessings Minna von Barnhelm. Lessings Emilia Galotti war das erste Stück, mit dem die Freie Volkshäuser ihre Laufbahn eröffnete, und auch der Nachahmer ist schon von ihr gegeben worden. Es ist eine Art Ehrenschuldschuld, welche sie an den wütigen Vorkämpfer des deutschen Bürgerturns abträgt, wenn die Freie Volkshäuser ihren Mitgliedern vor-führt, eigentlich erstes Meisterwerk ihren Mitgliedern vor-führt. Wenn man bedenkt, in welcher Weise vor Minna von Barnhelm das deutsche Theater sich befand, so wird man den damit vollzogenen Fortschritt nicht leicht zu hoch anrechnen können. Ohne die Minna kein Götze und kein Faust, keine Räuber und kein Wallenstein.

— **Zur 2. Versammlung von Freunden der Sternkunde.** Am astronomischen Beiler auf dem Hahnenberge hatten sich gestern abends nach 6 Uhr an die 40 Personen eingefunden. Nach ein-leitendem Vortrage des Herrn Professors Wummert über die Bedeutung der Sternkunde dankte dieser den Stiftern der einzelnen Apparate. Dann folgte eine Erklärung der neu an-gekauften Armillarsphäre, einem Instrumente mit mehreren kreisförmigen Ringen, woran der Herr Vortragende die Be-rechnung des Sonnenlaufes und -unterganges vor Augen führte.

— **Polizeibericht.** Fahrraddiebstahl. Dem Expedien-ten H. hier, Detmolderstraße, wurde am 22. d. M., abends 9 Uhr, ein Fahrrad, Marke „Sturmvoegel“, aus dem Keller entwendet. Vor Anlauf des Rades wird gewarnt.

Festgenommen wurde 1 Person wegen fahrlässiger Verfolgung, 1 Person wegen Betruges, 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Körperverletzung und 1 Person wegen Trunkenheit und Verüben groben Unfugs; 1 Obdachloser erhielt im Polizeigefängnis Unterlunft.

„Christliche“ Unwahrhaftigkeit und — Dummheit.

Die „Christen“ haben ihre Kampfweise gewechselt, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Noch vor wenigen Wochen erklärten sie hochmütig, Sozialdemokraten erhielten in ihren Versammlungen überhaupt das Wort nicht, weil sie, die „Christen“, zu schade wären, mit solchen Menschen zu diskutie-ren, jetzt laufen sie wie beseelen in sozialdemokratische Versam-mlungen und erschrecken da, wenn man dem „Ravensberger“ glauben will, die unerhörtesten Siege. So schreibt dieses Weltblatt über die Versammlung in Mennighausen: Dann ging unser Redner (Gries) näher auf die Ausführungen des Genossen Hoffmann ein... Sieb auf Sieb lag. Die Geister bei den Genossen ein... Sieb auf Sieb lag, bei den anderen bieder.“ Die „Christ-lichen“ haben also ihren Kampfgeist verloren. Die „Christen“ haben die Jahre hindurch zu erdichtet, wenn sie nur den Sozialdemokraten Diskussionsfreiheit in ihren Versammlungen eingeräumt hätten. Das können sie doch nicht aus der Welt her-auslügen, denn sie haben doch im „Ravensberger“ selbst er-laubt, daß sie keine Diskussion geben würden. Sie blamieren sich also mit ihren Siegeslägen mehr als nötig.

Verhältnismäßig harmlos ist die Lüge, die sie in ihren frampfhaften Siegesberichten über unseren Genossen Hoffmann zu verbreiten nicht müde werden, daß dieser nämlich in Hiden-hausen die Verantwortlichkeit für die „Vollswacht“ abgelehnt haben soll. Daß dies Hoffmann nicht gesagt haben kann, ist ohne weiteres klar. Nichtsdestoweniger klammern sich die Christen an dieser Lüge an, als gelte es ihr Seelenheil. Dazu wird uns von einem Feigen geschrieben:

„Als vor circa 5 Wochen eine Tabakarbeiterversammlung in Hidenhausen stattfand, und in der Redakteur Rösch referierte, nahm in der Diskussion Genosse Hoffmann-Bielefeld das Wort, um die Angriffe des Referenten zurückzuweisen. Hoffmann erklärte, daß er dafür nicht verantwortlich wäre, was 3. d. von den süddeutschen Zeitungen gebracht wurde.“

Da schreibt nun Rösch im christlichen Tabakarbeiterorgan: „Eine unverantwortliche Zeitung ist bekanntlich die „Vollswacht“ in Bielefeld. Ihr Redakteur Hoffmann hat gelagt, daß das, was sie gegen uns schreibe, nicht alles verantwortlich werden könne.“

Genanntes Blatt sucht also die Worte Hoffmanns zu ver-drehen. Ich erkläre öffentlich, daß damit Rösch diffidentlich die Un-wahrheit geschrieben hat. S. W. z. 7. 73.

Wir können unserem Freund Weiler die beruhigende Mit-teilung machen, daß deswegen die „Christen“ mit der Ver-breitung ihrer Lüge nicht aufhören werden. Sie leben ja von nicht anderem als solchen Lügen. Verbreiten sie doch sogar die Lüge über das kaiserliche Wort betreffend die Kampfesweise den Gegnern gegenüber ruhig weiter, jetzt erst wieder in der neuesten Nummer ihres Weltblattes, obgleich schon längst fest-gestellt ist, daß es erlunten und erlogen ist. Was schert das die Sorte Christen!

Und so lägen sie sich auch die Versammlungen in Mennighausen und Hidenhausen zu großartigen Siegen um, und wir müssen sie schon so weiter fliegen lassen, bis sie sich aus Minders-Ravensberg mit Stumpf und Stiel herausgeschlagen haben.

Weitere Folgen der Tabaksteuer.

Bei der Firma Th. Schmitz & Co. in Lemgo, werden am Sonn-abend, 23. September, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ent-lassen. In Brafe (Lippe) werden davon allein 45 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, von denen ungefähr der dritte Teil organisiert ist.

Wie die Unterstützung für die Tabakarbeiter geregelt wird.

In B r i e g. Schl. haben durch die Tabaksteuer Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen in erheblichem Umfange statt-finden müssen. Ein drollig gewordener Tabakarbeiter wandte sich an die zuständige Stelle, um in den Besitz der Unterstützung zu gelangen. Das war aber nicht so leicht. Zunächst wurden von der Steuerbehörde bei dem früheren Arbeitgeber mehrfach Erfindungen eingezogen, ob die Entlassung wirklich eine Folge der Tabaksteuer sei. Als hier eine bejahende Antwort erfolgte, stellte man an den Vertrauensmann des Tabakarbeiterverbandes die gleiche Frage. Hier wurde das nicht nur bestätigt, sondern auch erklärt, daß Entlassungen in großer Zahl bevorstünden. Dem Antragsteller wurde durch die Steuerbehörde Arbeit bei einem Kanalarbau verschafft. Da der Kanalarbauer aber von schwächlicher Konstitution ist, überließ schon in einer Augenblicke die Dauer auszuhalten. Was dann folgen wird, bleibt abzuwarten. Soviel aber ist sicher: Muß der durch die Steuer bittlos gewordene Arbeiter die Beschäftigung wegen mangelnder Körperkräfte aufgeben, dann erhält er keine Unter-stützung, weil ihm die Behörde ja Arbeit nachgewiesen hat. Auf diese Weise kann die Entscheidung für die Opfer der unsinnigen Steuerpolitik „glatt geregelt“ werden.

Der Niedergang des christlichen Tabakarbeiters-Verbandes in Westfalen.

Die „Christlichen“ haben die üble Gewohnheit, ihre Gegner zu verleumden, sich selbst aber heranzuführen. Es war uns bis jetzt nicht möglich, auch nur eine einzige Zahl über ihre Mitgliederbewegung in Westfalen zu bekommen. Aber nun ist uns dieses gelungen. Was erleben wir nun? Einen Zu-sammenbruch, der alle Erwartungen über-trifft. Fast eine völlige Vernichtung dieser Sekte. Die „Christen“ haben auf dem Papier folgende Mitglieder: Wir be-merken, daß in den Zahlen alle im ganzen Jahre keinen Beitrag aufgeführt sind, auch die, welche im ganzen Jahre keinen Beitrag gezahlt haben. In Hidenhausen kommen 3. d. ungefähr 11 März 75 Bg. Beiträge aus Mitgliedern.

Die Mitgliederzahl des „christlichen“ Tabakarbeiterverbandes betrug am 1. April 1907 in Westfalen in 48 Zahlstellen 2679. Davon entfallen fast 1000 außerhalb der Kreise Herford, Lüb-bede und Minden. Am 1. April 1909 betrug in Westfalen die Zahl der Mitglieder des „christlichen“ Tabakarbeiterverbandes 1601 in 32 Zahlstellen. Der Niedergang der Christen fällt haupt-sächlich auf die genannten drei Kreise. Das ist ein Niedergang von 1078 Mitgliedern oder 40,24 Prozent.

Dieser Niedergang geben sie selbst im Geschäftsbericht an. Der Verlust der Mitglieder beweist, daß der christliche Verband trotz Hilfe der Geistlichkeit und der Fabrikanten keine Zukunft mehr besitzt. Der Verrat im Schnapsblock wird ihr Schicksal weiter befehlen.

Pastor Meyer in Hidenhausen

soll erklärt haben, die arbeitslosen Zigarrenarbeiter wollten bloß nicht arbeiten, sie könnten die Arbeit genug bekommen, wenn sie nur wollten. Dies wollten nur aus dem 4-Millionen-fonds Geld haben. Meyer ist ein eifriger Förderer der christlich-sozialen Bewegung.

Wir raten den arbeitslosen Tabakarbeitern, alle bei Pastor Meyer in Hidenhausen anzusprechen, ob er in der Lage ist, jetzt Arbeit nachzuweisen.

Verse-
Sonnen

Bielefeld. Arbeiter-M

— Stadt Bielefeld

Textilarbeiter-M

Hannemann, Weber

Bielefeld. Soz. B

Küster

Sonntag

Bielefeld. Soz. Verein, 14.

mann.

9. Bezirk: morgens 10

12. Bezirk: morgens

Genossen Sachs

Halle.

10. Bezirk: morgens

Genossen Buje

bestrebungen.

Bradwe. Arbeiter-M

Kramme.

Gellershausen. Arbeiter

Hohmann.

Blotth. Soz. Verein.

Genossen Hoffmann-Biele

Herford. Maurerverb

Bünde. Soz. Verein.

Sonnenhof. Soz. Verei

Hüffen.

Stralsengern. Soz. Ver

Genossen Hoffmann-S

Serrings. en. Volks

Herrn Frh. Bedman

Bielefeld über die

bedeutung für die ar

Derlinghausen. Soz. B

Nach.

Dehnhausen. Gewerks

Lippstadt. Parbeisep

Brencke.

* Herford, 23. Sept.

Zigarrenarbeiter H. und G

Höfchen auf je 190 M. rü

zahl der Beslätze 150 M

10. Oktober 1909. — So

gegen den Schneidermeist

von 20 M., weil er in d

beschäftigt wurde. Das

Klage, weil B. 1½ Tage d

Arbeitskraft nicht täglich

* Hidenhausen, 23. Sept.

Daß es den sogenannten

ans Leder geht, beweist, d

Mittelhaftigkeit in den Ver

beden. Die Versammlung

400 Personen besetzt. Die

als ihre Leute. Kollege J

Erscheinen des Gauleiters

wirkt, daß sich in den G

deren Spitze sich Herr M

verdrängte „christlichsoz

But ausbrühte. Schon v

fortsch, ob der Gauleiter

Genosse Hoffmann die V

kannte „Christliche“ d

Kollegen Tiedemann einen

man nun wissen wollte, w

melde ich niemand. Her

ster Weise die Altstimm

Schlüter sei, drei Stunden

Auf die Frage nach seinem

sünden frech an: „Mein

nannte dem Vorsitzenden

Schlüter wies nun die Fr

indem er die Lügen des

wehenden festmahle. Er

ihren Versammlungen ein

men lassen, welche vor ei

ganze 10 Minuten das

ten, hier in solcher Weis

dem Referenten reden, j

freiheit lassen. Genoss

Namen nicht nennen woll

wohl hier nicht mit Verb

Nach diesem Vorgang h

halten. Derselbe zeigte in

der Lebenshaltung der Ar

derselben durch die neuen

temple und die Staatszu

hatte niemand angegriffen

oas Zentrum genannt, w

übernommen habe. Als e

hatte, sprang mitten im M

„Zur Geschäftsordnung!“

Mor

bleiben unsere Ge

5 Uhr na

geschle

1 Posten

Bettüch

extra gross

1 Posten

Schlaf-

deck

Auf unseren en

Gardinen

mache

besonders a

5183

m Expehien-
bends 9 Uhr,
er entwerdet.
bedruefliche
wegen Dieb-
stehlen wegen
hlojer erhielt

Dummheit.
fielt, der Not
nigen Wochen
en in ihren
weil sie, die
zu distatue-
Beramm-
rger" glauben
Beltblatt über
unier Redner
en Hoffmann
den Genossen
t. Die Chri-
überordentlich
von der Ver-
offmanns Ge-
falsche Blech-
ich ist, und so
r nicht, näm-
e, diese Siege
ur den Ver-
erammungen
der Welt her-
selbst der-
ie blamieren

ie in ihren
en Hoffmann
ich in Hiden-
t" abgelehnt
nen kann, ist
ern sich
lenheit. Dazu

erammung in
leur Röblach
marn-Bielefeld
zurückzuweisen.
ich wäre, was
urde.

Arbeiterorgan:
die die "Volls-
hat gesagt, daß
wovort werden

manns zu ver-
entlich die Un-
Hüften 73".
ubigende Mit-
mit der Vere-
leben ja von
doch fogar die
Kampfesweise
wieder in der
von längst fest-
sichert daß die

en in Mennig-
um, und wir
aus Kinder-
haben.

uer.
den am Sonn-
beiterinnen ent-
ein 45 Arbeiter
der vierte Teil

afarbeiter

er Entlassungen
Anlage statt-
Arbeiter wande-
er Unterstützung
Junachst wurden
tgeber mehrfach
ellisch eine Folge
untwort erfolgte,
rbeiterverbandes
estätigt, sondern
rbeit bedürftigen.
rde Arbeit bei
nacher aber von
schon in einer
nn folgen wird,
h der durch die
gäftigung wegen
er keine Unter-
wießen hat. Auf
r der unfinnigen

abarbeiter

eit, ihre Gegner
n. Es war uns
Zahl über ihre
imen. Aber nun
? Einen Zu-
ngen über-
er Sekte. Die
glieber: Wir be-
dem Jahre 1909
re keinen Beitrag
n z. B. ungefähr

arbeiterverbandes
Zahlstellen 2679.
ie Herford, Lü-
in Westfalen die
arbeiterverbandes
risten fällt haupt-
ein Rückgang von

ftsbericht zu. Der
iche Verband trotz
ne Zugkraft mehr
Schicksal weiter

aufen
rbeiter wollten
genug bekommen,
dem 4-Millionen-
erer der Christlich-

n, alle bei Pastor
der Lage ist, jetzt

Veranstaltungen.

Sonnabend, 25. September.

Bielefeld. Arbeiter-Abst.-Bund. Abends 8½ Uhr in "Stadt Bielefeld".
— **Textilarbeiter-Verband.** Abends 8½ Uhr bei Hannemann, Weberstraße.
Eibinghausen. Soz. Verein. Abends 9 Uhr bei Robert Küster

Sonntag, 26. September.

Bielefeld. Soz. Verein, 14. Bezirk, morgens 10 Uhr bei Bedmann.
9. Bezirk: morgens 10 Uhr bei Apenbrint.
12. Bezirk: morgens 10 Uhr bei Tuxhorn. Vortrag des Genossen Sachs über "Alkoholismus und Arbeiter-Klasse".
10. Bezirk: morgens 10 Uhr bei Gröppel. Vortrag des Genossen Buje über "Proletarische Emanzipationsbestrebungen".
Bradwebe. Arbeiter-Abst.-Bund. Vorm. 10½ Uhr bei Kramme.
Gellershausen. Arbeiter-Abst.-Bund. Nachm. 4 Uhr bei Töbmann.
Blotth. Soz. Verein. Vorm. 10 Uhr. Vortrag des Genossen Hoffmann-Bielefeld über "Kulturverfall".
Herford. Maurerverband. Vorm. 10 Uhr.
Bünde. Soz. Verein. Nachm. 2 Uhr bei Weller.
Sonnebröck. Soz. Verein. Nachm. 2 Uhr bei Guntter in Hüffen.
Kirchlingern. Soz. Verein. Nachm. 2 Uhr. Vortrag des Genossen Hoffmann-Bielefeld.
Serringen. Volksversammlung. Nachm. 4 Uhr bei Herrn Frh. Bedmann. Vortrag des Genossen Seering-Bielefeld über die Reichsfinanzreform und deren Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung.
Derlinghausen. Soz. Verein. Nachmittags 4 Uhr bei Esch Nachf.

Dehnhausen. Gewerkschaftskartell. Vorm. 9½ Uhr.
Rippstadt. Parbeisprechung. Vormittags 10 Uhr bei Brenne.

* **Herford, 23. Sept. Gewerbegerichtshung.** Die Ziegeleiarbeiter B. und Genossen klagten gegen den Zieglemeister Böcken auf je 190 M. rückständigen Lohn. Im Vergleichsweg zahlte der Beklagte 150 M. sofort und die Restsumme am 10. Oktober 1909. — Sodann klagte der Schneidergeselle B. gegen den Schneidemeister Schulz auf Schadenersatz in Höhe von 20 M., weil er in der Kündigungsfrist nicht ausreichend beschäftigt wurde. Das Gericht erkannte auf Abweisung der Klage, weil B. 1½ Tage der Vertäth ferngeblieben und seine Arbeitskraft nicht täglich zur Verfügung gestellt hatte.

* **Hidenhausen, 23. Sept. Christliche Radabrüder.** Daß es den sogenannten "Christen" hier in Westfalen mächtig ans Leder geht, beweist, daß sie nun versuchen, durch Radau und Rüsselhaftigkeit in den Versammlungen ihre Schandtat zu verdecken. Die Versammlung am Dienstagabend war von über 400 Personen besucht. Die Hälfte davon erklärten die Christen als ihre Leute. Kollege Tiedermann hatte das Referat. Das Erscheinen des Gauleiters Schüller in der Versammlung bewirkte, daß sich in den Gesichtern der "christlichen" Führer, an deren Spitze sich Herr Möbs und der aus dem Ruhrgebiet noch versärbene "christliche" Herr Oberhoff befand, die helle Wut ausdrückte. Schon vor der Versammlung hatte man gefordert, ob der Gauleiter Schüller auch käme? Sowie nun Genosse Walschmann die Versammlung eröffnete, stellte der bekannte "Christliche" d'Arragon den Antrag, nach der Rede des Kollegen Tiedermann einem "Christen" das Wort zu geben. Als man nun wissen wollte, wer denn nach Tiedermann reden wollte, meldete sich niemand. Herr Oberhoff verlangte nun in freier Weise die Abstimmung, weil es Möbs des Gauleiters Schüller sei, drei Stunden über Staatsunterstützung zu reden. Auf die Frage nach seinem Namen, antwortete dieser Mann den Vorstehenden frech an: "Mein Name geht Sie gar nichts an", und nannte dem Vorstehenden seinen Namen einfach nicht. Gauleiter Schüller wies nun die Frechheit der Christen in die Schranken, indem er die Lügen des Oberhoffs unter Zeugnis vieler Anwesenden festlegte. Er charakterisierte diese Leute, welche in ihren Versammlungen keinen Sozialdemokraten zu Worte kommen lassen, welche vor einigen Wochen dem Genossen Hoffmann ganze 10 Minuten das Wort gegeben haben und sich nicht schämen, hier in solcher Weise aufzutreten. Er werde nicht nach dem Referenten reden, sondern der Christen erst volle Rede-freiheit lassen. Genosse Weller fragte: "Warum der Herr seinen Namen nicht nennen wolle, wenn er rede, wir haben es doch wohl hier nicht mit Verbrechern zu tun?"

Nach diesem Vorgang konnte Kollege Tiedermann sein Referat halten. Derselbe zeigte in ganz sachlicher Weise den Rückgang der Lebenshaltung der Arbeiter und die neue schwere Belastung derselben durch die neuen Steuern und ging auf die Steuer-kämpfe und die Sozialunterstützung ein. Kollege Tiedermann hatte niemand angegriffen und von den politischen Parteien nur das Zentrum genannt, welches die Führung im Schnapsblod übernommen habe. Als er nun kaum eine Stunde gesprochen hatte, sprang mitten im Referat Herr Oberhoff auf und schrie: "Zur Geschäftsordnung!" Walschmann erklärte dem Manne,

daß während des Referats keinem andern Redner das Wort erteilt werden könne, auch nicht zur Geschäftsordnung. Da brüllte dieser Mann: "Wir verlangen, daß der Redner aufhört, der spricht nicht zur Tagesordnung, sonst verlassen wir das Lokal!" Und dann erhob Oberhoff und Möbs ein Geschrei, in welches einige andere Radabrüder einstimmten, schlimmer, als wenn eine Bande Indianer unter Bärenberz und Büffelstirn ihr Kriegs-geschrei anstimmten, daselbe Kaiserleitheater wie in Mennig-häusen, nur daß in Mennigbüßen Möbs und Griefe und hier Möbs und Oberhoff die Kaiserletheater spielten. Oberhoff schrie: die christlich organisierten Tabakarbeiter sollten mit hinaus-gehen. Kollege Walschmann forderte die Herren auf, sich ruhig zu verhalten, und als das nichts half, wies er sie aus dem Lokale. Doch Herr Oberhoff konnte nicht von der offenen Tür draußen hinwegkommen, denn die "Christlichen" folgten nicht. Sie blieben trotz allen Lamentierens. Nur ein ganz kleiner Teil ging mit. Nachdem die Radabrüder hinaus waren — man merkte es kaum im Saale, daß er leerer geworden war — trat Möbs ein und Tiedermann konnte sein Referat zu Ende führen, wobei das Benehmen der "christlichen" Leute, wie sie sich hier pro-duziert hatten, gebührend gekennzeichnet wurde.

In der Diskussion meldete sich niemand von den Gegnern zum Wort. Gauleiter Schüller ging noch kurz auf die Ab-stimmung über die Tabaksteuer im Reichstage und auf das christliche Flugblatt ein. Weller stellte noch fest, daß er in der Rüsselach - Versammlung während des Referats das Wort zur Geschäftsordnung verlangt habe, wo ihm von demselben "Christen" gesagt worden sei, daß während einer Rede das Wort zur Ge-schäftsordnung nicht erteilt werde. Diese Leute hätten also nur Radau machen wollen, weil sie zum Reden zu feige gewesen seien. Durch den Radau haben diese Leute die Festnaglung ihres Verfalls verhin-dern wollen. Leute, die solchen Selben nach-lieben, haben es reichlich verdient, Christlich-Soziale zu sein.

Nach dem Schlußwort des Referenten und einigen treffenden Ausführungen des Vorstehenden, schloß dieser mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

Hidenhausen und Eibinghausen haben bewiesen, daß der freie Verband dort im Vorrang begriffen ist, die "Christen" kämpfen dort auf verlorenen Posten. Wir Sozialdemokraten wollen aber noch feststellen, daß hier Leute unter dem Deckmantel des Christentums die größten Gewalttaten verüben. Das Christen-tum, welches Duldbarmkeit lehrt, wird hier aufs schändlichste von Leuten gemißbraucht. Religion ist Geschäft bei diesen Leuten.

* **Eibinghausen, 20. Sept.** Hierdurch werden die Vorstände des Arbeiter-Turnvereins, des Arbeiter-Gesangsvereins, des Tabakarbeiterverbandes und des sozialdemokratischen Ortsver-eins aufgefordert, sich am Sonntag nachmittags 2½ Uhr zwecks Gründung einer gemeinsamen Bibliothek an bekannter Stelle einzufinden. Das Erscheinen aller ist dringend erforderlich.

* **Brake (Lippe), 23. Sept. Unfall.** Bei einer beim Gast-wirt Bogelmeier stationierten Drechsmaschine kam ein Arbeiter bei der Anlegung eines Riemens zu Fall und brach einen Arm.

* **Detmold, 23. Sept. Stadtverordnetenversammlung.** Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen die Stadtverord-neten einstimmig die Ernennung des Kommerzienrates Hinrichs zum Ehrenbürger der Reichsstadt Detmold. — 1. Verlauf des Tages an die Post. Die hiesige Postdirektion ist an die Stadtverordneten und den Magistrat herangetreten, den Kaufvertrag, der bis zum 1. April 1910 lautet, bis dahin 1911 zu verlängern, weil von allen nicht unbedingt notwendigen Grundstücksanläufen abgesehen werden soll, in Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Reiches. Der Magistrat und die Stadt-verordneten lehnen die Verlängerung des Vertrages ab. — 2. Anschluß von Häusern in der Oberen Straße an die Gasleitung. Das Kolleg beschloß auf Befür-wortung durch die Gas- und Wasserwerkstoffkommission den Anschluß und bewilligt die dazu notwendige Summe von 800 Mark.

3. Kosten der Straßenreinigung. Seit fast einem Jahre wird die Straßenreinigung seitens der Stadt ausgeführt und von den Hausbesitzern werden Reinigungsgebühren erhoben. Diese von den Hausbesitzern zu zahlenden Beträge sind in vielen Fällen recht hohe und betragen pro Jahr 20-100 Mark. Es hat deshalb der Grundbesitzer- und Verlehrsverein sich mit einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, in der es heißt: "Die Straßenreinigungskosten betr. hatte sich eine größere Zahl Mitglieder unseres Vereins an uns mit der Bitte gewandt, um Anberaumung einer Versammlung zwecks Be-sprechung und Stellungnahme zu den Straßenreinigungskosten. In der anberaumten Versammlung wurde einstimmig der Be-schluß gefaßt, die städtischen Behörden zu ersuchen, die Kosten der Straßenreinigung in der Weise zu regeln, daß zwei Drittel der Kosten durch allgemeine Steuern und ein Drittel von den Haus-besitzern auf Grund des Gebäudesteuer-Nutzungswertes unter Anrechnung der Zinsen und Hypothekenzinsen erhoben werden. Grundstücke, welche nicht bebaut sind, bleiben von dem zu zahlen-den Drittel befreit. Zur Begründung wird in der Eingabe u. a. folgendes gesagt: Die durch das Ortsstatut bestimmte Fest-setzung der Straßenreinigungskosten nach der Länge des Grund-stücks an den Straßen führt zu solchen Härten und ist eine so ungerechte Form der Besteuerung, daß eine Abänderung eine zwingende Notwendigkeit ist. Es sind die Einwohner, die sich bisher nicht geäußert haben, die Reinigung selbst vorzunehmen

begn. durch ihr Dienstpersonal vornehmen zu lassen, mit 20 bis 100 M. belastet, und müssen im Winter bei Schnee die Reini-gung selbst vornehmen bezw. vornehmen lassen. Es dürfte daher nur gerechtfertigt sein, daß die Grundbesitzer nur mit höchstens einem Drittel der Kosten zum den Lasten herangezogen werden, und zwar unter Berücksichtigung des Prinzips, daß der Schwache weniger belastet wird als der Starke. Die Finanz- und Bau-kommissionen haben sich mit der Eingabe beschäftigt und schlagen vor, nachdem sie einen Antrag des Stadtv. Nr. 4 h n, die Straßenreinigungskosten aus der allgemeinen Steuerkraft zu decken, abgelehnt haben, auf Antrag des Stadtv. Nr. 4 l die Kosten der Straßenreinigung so aufzubringen, daß: 1. für asphaltierte Straßen eine Grundlage von 6 M., 2. für die übrigen Straßen eine solche von 3 M., 3. für die Straßen ohne Gehbahn von 50 Pfg. erhoben wird. Es soll für jedes Quadratmeter zu reinigender Straßen ein Betrag von 5 Pfg., für Eckhäuser und Kreisstraßen ein solcher von 4 Pfg. erhoben werden. Anlieger von freien Plätzen zahlen nur für die Hälfte einer Normalstraße von 13 Metern Breite. Der Ausfall soll von der allgemeinen Steuerkraft getragen werden. Der Stadtbaumeister hat auf der vorliegenden Grundlage eine Berechnung aufgestellt, die folgen-des Ergebnis zeigt: Frontgrundstücke: 97 010,96 Quadrat-meter zu 5 Pfg. = 4850,55 M., Eckgrundstücke: 44 405,85 Qua-dratmeter zu 4 Pfg. = 1776,23 M., Kiesgebäude: 9574,37 Quadratmeter zu 4 Pfg. = 382,97 M. Sa. 7009,75 M. Unter Berücksichtigung der Grundtaxe erhöht sich der Betrag um 31,20 Mark, und würden dann 7080,95 M. betragen. Es ist das gegenüber dem Betrage von 18 400 M., der im diesjährigen Etat für Straßenreinigungskosten eingestellt ist, eine Min-dereinnahme von 11 319,05 M., so daß, um diesen Ausfall zu decken, fast ein ganzes Simplum Kommunalsteuern mehr erhoben werden müßte. Stadtv. Nr. 4 l erläutert die Grundlage dahin-gehend, daß jeder Hausbesitzer, der in Folge niedriger Quadrat-meterzahl, z. B. bei 40 Quadratmetern, in einer asphaltierten Straße nur 2 M. zu zahlen braucht, 6 M. zahlen soll. Stadtv. Nr. 4 l m n erucht, erst den Antrag der Kommission zu ver-worfeln und die Beratung zu vertagen. Die Stadtverord-neten beschließen demgemäß.

* **Rheine, 22. Sept. Verpuffte Aktion.** Gegen den Genossen Meyer vom Deutschen Textilarbeiterverband war am 15. Juni d. J. eine Strafbefugung in Höhe von zwei Mark ergangen, wegen angeblicher Uebertretung der §§ 5 und 18 des N.-B.-G. Gegen diese Strafbefugung beantragte Meyer die gerichtliche Entscheidung. Ueber die Vorgänge, die das Straf-mandat zur Folge hatten, haben wir seinerzeit ausführlich be-richtet. Es handelte sich um eine öffentliche Textilarbeiter-versammlung, die im Mai d. J. im Lokale der Wm. Webberhoff stattfinden sollte. In dieser Versammlung sollte Frau Auguste Boffe aus Bremen über das Thema: "Die Textilarbeiterchaft im Kampf ums Dasein" sprechen; daran sollte sich eine freie Aussprache über Berufs- und Standesfragen, über Mißstände in den Betrieben usw. anschließen. Es kam aber in dieser Ver-sammlung garnicht zur Erörterung des Themas, weil der Amts-sekretär vom Amte Rheine mit einem Polizeiergeanten gleich nach der Eröffnung derselben einen Ausweis über Anmeldung oder sonstiger Publikation verlangte.

In der heutigen Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht wurde Meyer von Strafe und Kosten freigesprochen. In der Begründung des Urteils heißt es: "Es konnte aus den Zeugenaussagen nicht festgestellt werden, daß politische Dinge erörtert worden wären, falls die Versammlung stattgefunden hätte; der Laufzettel, der Verbreitung gedient habe, ließ hierauf wenigstens nicht schließen. Das Thema: "Der Kampf ums Dasein" hätte rein wissenschaftlich erörtert werden können, ebenfalls hätte die Aussprache rein wissenschaftlich sein können. Im anderen Fall wollte man wirtschaftliche und Berufsfragen besprechen, nach Aussage Meyers und dessen Zeugen. Die §§ 5 und 18 des N.-B.-G. kommen für die fragliche Versammlung nicht in Betracht, sondern der § 6 des N.-B.-G. und besonders Absatz 3 dieses Paragraphen, der von Meyer mit Recht ange-vo-gen worden ist."

Der Polizeiergeant und der Amtsekretär wollten weiter nichts vorzubringen, als daß am Morgen des fraglichen Ver-sammlungstages auf dem Amte Rheine die Sache besprochen worden sei und schließlich sei der Beisatz gefaßt worden, die Versammlung am Abend aufzulösen. Der Amtsekretär wies noch darauf hin, daß auch andere Personen als Textilarbeiter im Saale anwesend gewesen seien und daß die Versammlung brechend voll gewesen wäre. (Die Feststellung, daß die Ver-sammlung brechend voll gewesen sei, ist wohl vom Reid differt.) Ob diese Aussagen den politischen Charakter der Versammlung darlegen sollten, ist uns dunkel geblieben.

Hiermit hat nun die staatsrechtliche Aktion der Vertreter des Amtes Rheine ein unruhliches Ende gefunden. Doch hat die Polizeiverwaltung wenigstens das eine Verdienst, daß sie durch ihren Uebereifer und ihre Unkenntnis der Bestimmungen des N.-B.-G. die Rheiner Einwohnerchaft vor der Infektion mit modernen Ideen durch die Genossin A. Boffe zunächst mal wieder bewahrt hat. Auf wie lange? ...

(Schluß von "Aus der Nachbarschaft" in der 1. Beilage.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Morgen

bleiben unsere Geschäftsräume bis
5 Uhr nachmittags
geschlossen.

1 Posten
Bettücher 95
extra gross

1 Posten
Schlaf-decken 95

Auf unseren **enorm billigen**
Gardinen-Verkauf
machen wir
besonders aufmerksam.

Einmaliges Angebot!

Von morgen, nachmittags 5 Uhr ab verkaufen wir einen Posten zurückgesetzte

Damen-Konfektion

zu folgenden Serien-Preisen:

Sämtliche zurückgesetzte			Sämtliche zurückgesetzte		
Damen-Blusen, reine Wolle			Kostüm-Röcke		
Serie I 2.00	Serie II 3.00	Serie III	Serie I 1.95	Serie II 4.75	Serie III
1 Posten			1 Posten		
Kinder-Kleidchen 1.50			Knaben - Anzüge 2.75 und 4.75		
jedes Kleid			Mädchen - Kapes		

1 Posten **Reste-Coupons** in Biber, Hemdentuch, Nessel, in Längen bis 4 Meter **95** jeder Rest
Gebrüder Kaufmann
Niedernstrasse 13. Bielefeld. Niedernstrasse 13.

Für Reservisten u. Rekruten

günstiges Angebot.

10 Prozent Rabatt

vergüten wir bis auf weiteres bei Barzahlung auf

Schuhwaren

Für Rekruten: Militär-Dienst- und Ausgeh-Stiefel

nach Vorschrift gearbeitet, am Lager und nach Mass, in anerkannt la. Qualität.

Westfalia-Modell- u. Muster-Stiefel

30-40 Prozent billiger wie unsere reguläre Ware, jedoch netto.

Niederlagen der Schuhfabrik „Westfalia“, Kröger & Co.,

deren Fabrikate preisgekrönt mit der goldene Medaille:

„Kansa-Haus“
Niedernstrasse 26
Telephon 166.

„Zum Hans Sachs“
Gehrenberg 4
Telephon 807.

„Fortuna“
Gütersloherstrasse 33
Telephon 1130.

„Vor der Schuhfabrik“
Herforderstrasse 101
Telephon 9.



Ein weiser Rat!

Uhren
n. Goldsachen
sollten Sie nie bei
einem Fälscher,
sondern beim
Uhrmacher
H. Siekmann,
Kaiserstr. 165
neben der Elmühle
kaufen und
reparieren lassen.

Bettfedern
und 5038

Daunen
nur staubfreie Qualitäten,
empfiehlt in grosser Auswahl zu
den billigsten Preisen

Herz Wisbrun,
Brackwede.

Allen Parteigenossen, sowie Freunden
und Bekannten zur Nachricht, daß ich
im Hause des Herrn Aug. Fischer,
Rehme Nr. 418, eine

Schuhmacher-Werkstatt
eröffnet habe. — Um gefl. Unter-
stützung bitte

Hch. Dreier,
Schuhmachermeister. 5133

Frauen! Berücksichtigt bei
Eueren Einkäufen
die Interessen der
„Vollstätt.“

Reservisten

kaufen

Anzüge, Paletots, Hosen, Joppen,
Arbeits- und Berufskleidung,
Hüte, Mützen usw.

am besten und billigsten im grössten

Spezial-Haus Bielefelds

H. Hettlage, Niederwall,
Ecke Jahnplatz

5169

Diese Woche wieder
gutes Rindfleisch
Pfund 60 Pfg.
Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.
**Verschiedene Wurst-
waren und Aufschnitt**
empfiehlt 13595
Fritz Ellenbeck,
Meistermeister,
Herford
Lübberstr. 24. Telephon 417.

**Täglich frisches
Fleisch**
und **Wurst** empfiehlt
Paul Oetzmann,
Herford und Schötmar
Credenstr. 34. Telephon 157.

Minden.
4101 Bringe mein
**Rasier-, Frisier- und
Haarschneide-Geschäft**
in empfehlende Erinnerung.
Willy Michel, Friseur,
Königstr. 16.

Bekanntmachung!

5178

Hohen Feiertags halber bleibt mein Geschäft
von heute
Freitag abend 7 bis Samstag abend 6 Uhr
geschlossen!

Gerichtsworm
Niedernstrasse 34.

Nr. 223.

Bürgermeister a.
dem Obern

(Unser. Nachdr. verb.)

In der heutigen Sitzung
Schlichtung im Beistande
Seine und Rechtsanwalt
Artikel des „Berliner Tag-
blattes“ und die Beein-
rätet behandeln. Diese
sind ebenfalls unter Anla-
treter der Anklagebehörde,
sterium des Innern von
der Anklage. Er führte
aus: Es liege bei dem gan-
führung der öffentlichen
bild nicht sagen wollen,
irreführend haben. Politisch
bei ihrem Vorgehen gegen
gelegen. Die Kandidatur
gekommen. Zu Unrecht sei
als geheim bezeichnet worde-
fahren für geheim gehalten
müssen, darüber zu schwe-
für die Bibliothek des Mi-
angekauft werden. Es li-
Meinungsaussprechung zu un-
amen. Sachliche Kritiken
der Anstand müsse immer
auch von Beamten, dürfe
hegerische Art und Weise,
halten, sie dürfen kein
wegen der Broschüre keine
wohl aber wegen des Bei-
Lande“ beim Regierungspro-
Verunglimpfung des preußi-
berichtet, daß er ein Diszi-
Verfügung vom 18. Juni
allerdings vom Ministerium
billige das Einschreiten. Er
Voruntersuchung nicht zu
Einleitungsbeschluß hätte
Das Buch enthalte so un-
daß es ausgeschlossen sei, es
anzuerkennen. Es sei auf
lokalisiert und habe keinen
gelten. Einleitungsbeschluß
in beiden die sämtlichen
Was zunächst die mangelnde
gelehrt anlangt, so enthält
erbitte Aufhebungen gegen
Seite 52 bedeute die Beha-
mit List und Gewalt zur
fassung der wirklichen Sa-
nur die Ablehnung von
führungen, die sich auf die
„Sozialistischen Waisener“
verächtlich gemacht.

Seite 70 des Buches en-
die Beeinflussung der Ober-
68 und Seite 71 enthalte
gerade diese Landräte mach-
Seite 71 enthalte beleidig-
objektivsten Behörde der
Tätigkeit der staatlichen
Der schlimmste Vorwurf ge-
Zitat aus Sudermanns „
mit dem in diesem Drama
rat Keller. Die Kritik be-
ebenfalls die Bezeichnung
Beleidigung sei auch die
noch zuweisen in der Ge-
Angeklagte habe eine
einträchtigung der Selbst-
lich und beleidigend seien
über Unruhen durch Provok-
dem Artikel des „Berliner
sei unrichtig, daß die Ge-
treffen. Unrichtig seien aus-
plinarverfahren gegen Mi-
Angeklagte habe auch die
Kaiser verletzt. Die Zusa-
Korpsstudententum sei eine
war anfangs ein ideal geri-
strebungen zum Besten der
seinem ungestümen Tatend-
genug Erfolg gehabt und
geraten. Seine Angriffe
sondern gegen Personen. Er
die Ueberzeugungstreue be-
slektia. Der Angeklagte
Parteilichpunkt in seinen
Motive könnten ihm nicht
kein Milderungsgrund. De-
lich nicht seine bürgerlichen
Existenz genommen werden.
auf die Verurteilung angebot
Strenge des Gesetzes gege-
anträge zum Schluss Aberte-
anprüche.

Nach der Rede des öffen-
ton Falkenhahn trat eine
In der Nachmittags-
Schlichtung das Wort zu
mit der Erklärung, daß
des Vertreters der Anklage
Charakter habe. Er schil-
lung, wie er zunächst dem
examen ferngeblieben sei und
kommunalen Angelegenheiten
namentlich für die innere
in den „Preussischen Jahr-
gefordert habe, Mitteilungen
waltungsreform zu machen.
Erfahrungen in dem Buche
sich auf eine jahrelange Er-
würden zum Teil schon seit
überarbeitet worden, sie seien
blidsch. Der Angeklagte
weisanträgen, um die Beha-
Konferenzen in der inneren
belegen. Er benannte Jenge
der seine Angaben über die
von der Landtagskandidatur
sei. Ein anderer Jenge so
präsidenten Delega von Koz-
den seien, daß ein Selbst-

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 223.

Bielefeld, Freitag, 24. September 1909.

20. Jahrg.

Bürgermeister a. D. Dr. Schüding vor dem Oberverwaltungsgericht.

(Unser. Nachdr. verb.)

Hg. Charlottenburg, 22. Sept.

In der heutigen Sitzung, zu der der Angeklagte Dr. Schüding im Beistand seiner Anwälte, Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Rechtsanwalt Dr. Neustadt, erschienen ist, wurden Artikel des Berliner Tageblatts „verlesen, die die Wahlen auf dem Lande und die Beeinflussung der Wahlen durch die Landräte behandeln. Diese von Dr. Schüding verfassten Artikel sind ebenfalls unter Auflage gestellt. Hieraus ergab der Vertreter der Angeklagten, Geh. Oberregierungsrat vom Ministerium des Innern von Falkenhahn, das Wort zur Begründung der Auflage. Er führte in etwa zweistündiger Rede folgendes aus: Es liege bei dem ganzen Verfahren eine weitgehende Zurechnung der öffentlichen Meinung vor, wenn er auch im Augenblick nicht sagen wolle, welche Personen die öffentliche Meinung irreführen haben. Politische Gesichtspunkte haben der Regierung bei ihrem Vorgehen gegen den Angeklagten vollständig ferngelegen. Die Kandidatur Schüdings sei gar nicht in Betracht gekommen. Zu Unrecht sei daher von der Presse das Verfahren als geheim bezeichnet worden. Wenn der Angeklagte das Verfahren für geheim gehalten hätte, hätte er das Pflichtgefühl haben müssen, darüber zu schweigen. Die Broschüre sollte anfangs für die Bibliothek des Ministeriums des Innern als Kuriosum angeschafft werden. Es liege dem Ministerium fern, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, auch nicht solche von Beamten. Sachliche Kritiken seien dem Minister sogar lieb. Nur der Anstand müsse immer gewahrt bleiben. Solche Broschüren, auch von Beamten, dürfen nur keine Ehrverletzungen, keine heberische Art und Weise, keine Angriffe auf Einzelpersonen enthalten, sie dürfen kein Pamphlet sein. Der Minister habe wegen der Broschüre keine Stellung nach Schleswig geben lassen. Wohl aber wegen des Zeitungsartikels „Die Wahlen auf dem Lande“ beim Regierungspräsidenten angefragt. Eine solche grobe Verunglimpfung des preussischen Wahlrechts dürfe sich kein Beamter zuzuschreiben lassen. Der Regierungspräsident habe berichtet, daß er ein Disziplinarverfahren einleiten wolle. Durch Verfügung vom 18. Juni 1908 sei dem Regierungspräsidenten allerdings vom Ministerium mitgeteilt worden, der Minister billige das Einschreiten. Es dürfe nicht verkannt werden, daß die Voruntersuchung nicht zweckmäßig geführt worden sei. Der Einschreibungsbescheid hätte eine bessere Fassung haben können. Das Buch enthalte so unwissenschaftliche Verallgemeinerungen, daß es ausgeschlossen sei, ihm noch einen wissenschaftlichen Wert zuzuerkennen. Es sei auf gewisse Personen und Verhältnisse lokalisiert und habe keinen Anspruch, als kritische Arbeit zu gelten. Einschreibungsbescheid und Auflagebescheid bedeuten sich, weil in beiden die familiären Schriften unter Auflage gestellt sind. Was zunächst die mangelnde Ehrerbietung gegenüber den Vorgesetzten anlangt, so enthalte die Broschüre auf Seite 48 unehrerbietige Äußerungen gegen den Regierungspräsidenten. Auf Seite 52 bedeute die Behauptung, die Selbstverwaltung werde mit List und Gewalt zurückgedrängt, eine oberflächliche Auffassung der wirklichen Sachlage. Offenbar sei mit „Gewalt“ nur die Ablehnung von Verordnungen gemeint. In den Ausführungen, die sich auf die Faltung der Behörden gegenüber der „sozialistischen Mafie“ beziehen, seien die Regierungsbehörden verächtlich gemacht.

Seite 70 des Buches enthalte unrichtige Behauptungen über die Beeinflussung der Oberpräsidenten durch die Landräte. Seite 58 und Seite 71 enthalte Beleidigungen der Landräte. Und gerade diese Landräte mache kein Staat der Welt Preußen nach. Seite 71 enthalte Beleidigungen der Staatsanwaltschaft, der objektiven Behörde der Welt. Die Behauptungen über die Tätigkeit der staatlichen Polizei seien unrichtig und gehässig. Der schärfste Vorwurf gegen die hohe Beamtenschaft sei in dem Titel aus Subermanns „Heimat“ enthalten, in dem Vergleich mit dem in diesem Drama eine Rolle spielenden Regierungspräsidenten. Die Kritik des Landtagswahlrechts sei unzulässig, ebenso die Bezeichnung der Polizeimaßregeln als Verationen. Beleidigend sei auch die Behauptung, daß die Verfassung nur noch zuweilen in der Gesetzgebung berücksichtigt werde. Der Angeklagte habe eine tranthafte Auffassung von der Beeinträchtigung der Selbstverwaltung. Außerordentlich bedenklich und beleidigend seien die Bemerkungen des Angeklagten über Unruhen durch Provokationen und Ausländerhass. In dem Artikel des „Berliner Tageblatts“ über das Vereinsgesetz sei unrichtig, daß die Gendarmen tatsächliche Entscheidungen treffen. Unrichtig seien auch die Ausführungen über die Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der Schulkommissionen. Der Angeklagte habe auch die Pflicht der Ehrerbietung gegen den Kaiser verlegt. Die Zusammenstellung des Kaisers mit dem Korpspräsidenten sei eine Ehrverletzung. Der Angeklagte war anfangs ein ideal gerichteter strebsamer Geist. Seine Bestrebungen zum Besten der Gemeinde Hünim, wie er sie sich in seinem ungestümen Latendrang gedacht habe, hätten nicht schnell genug Erfolg gehabt und dadurch sei er in tiefe Verstimmlung geraten. Seine Angriffe richteten sich nicht gegen ein System, sondern gegen Personen. Ein schlechtes Licht auf den Mut und die Überzeugungsstärke des Angeklagten werfe der Fall Kleffta. Der Angeklagte habe sich vorgenommen, seinen Parteistandpunkt in seinen Schriften zu vertreten. Unlautere Motive könnten ihm nicht unterlegt werden, Anonymität sei aber kein Milderungsgrund. Dem Angeklagten sollten ursprünglich nicht seine bürgerlichen Ehrenrechte und seine bürgerliche Existenz genommen werden, deshalb sei ihm auch der Verzicht auf die Verurteilung angeboten worden. Jetzt aber müsse die Strenge des Gesetzes gegen ihn walten. Der Ankläger beantragte zum Schluß Aberkennung des Titels und der Pensionsansprüche.

Nach der Rede des öffentlichen Anklägers Oberregierungsrat von Falkenhahn trat eine Pause ein.

In der Nachmittagsitzung ergab der Angeklagte Dr. Schüding das Wort zu seiner Verteidigung. Er begann mit der Erklärung, daß im Gegensatz zu den Behauptungen des Vertreters der Anlage der Prozeß einen durchaus politischen Charakter habe. Er schilderte darauf seine politische Entwicklung, wie er zunächst dem politischen Leben bis zum Abschied von ferngeblieben sei und wie er durch die Beschäftigung mit kommunaler Angelegenheiten Interesse für die Politik und namentlich für die innere Verwaltung gewonnen hat. Als nun in den „Preussischen Jahrbüchern“ Geheimrat Schwarz aufgeföhrt habe, Mitteilungen über die Bedürfnisse bei der Verwaltungsreform zu machen, habe er beschlossen, seine gesammelten Erfahrungen in dem Buche niederzulegen. Sein Urteil gründete sich auf eine jahrelange Erfahrung. Die intrinierten Artikel wären zum Teil schon seit Jahren entworfen und immer wieder überarbeitet worden, sie seien also keineswegs leichtfertige Augenblicksmache. Der Angeklagte stellte sodann eine Reihe von Beweisunterlagen, um die Behauptungen, die er über die Rolle der Konventionen in der inneren Verwaltung aufgestellt habe, zu belegen. Er benannte Zeugen dafür, daß Bürgermeister Kleffta, der seine Angaben über die Unterredung betreffend den Rücktritt von der Landtagskandidatur abgetritten habe, ungläubig sei. Ein anderer Zeuge soll bekunden, daß dem Regierungspräsidenten Delega von Rosierowski Mitteilungen gemacht worden seien, daß ein Selbstverwaltungsbeamter ein Trunkenbold

sei und diszipliniert werden müßte, daß aber der Regierungspräsident dies abgelehnt habe, weil der betreffende eine Hauptstütze der konservativen Partei wäre und dadurch der Bezirk den Konservativen verloren gehen würde. Der Angeklagte nennt ferner die hervorragenden Staatsrechtslehrer Deutschlands und bittet, sie ohne Rücksicht auf die politische Parteistellung darüber zu vernehmen, daß kein Buch einen wissenschaftlichen Charakter habe. Daß die Regierungspräsidenten rückständige Anschauungen haben, ergebe sich aus ihrer Herkunft. Die Bildung des Landtags sei seit Beginn des 18. Jahrhunderts ständig zurückgegangen. Es gäbe Schlösser, auf denen sich außer dem Kurzbuch und dem Marttalen der kein einziges neues Buch befindet. So sei es auch nicht verwunderlich, daß der Oberpräsident von Rosen, v. Waldow, ein Disziplinarverfahren gegen einen angehenden Staatsrechtslehrer beim Kultusministerium beantragt habe, weil derselbe sich liberal in einer Vorlesung geäußert habe. Der Regierungspräsident v. Hegel, jetzt Oberpräsident in Magdeburg, habe die Annahme eines Regierungsreferendats davon abhängig gemacht, daß dieser sich bereit erkläre, sich zu duellieren. Ein anderer Regierungspräsident, von Tepper-Laski-Wiesbaden, habe regelmäßig an die sich meldenden Referenden die Frage gestellt: Sind Sie abelig, Korpsstudent oder Referendament? — Nein! — Na, was wollen Sie denn eigentlich? — Ein Regierungspräsident von Osnabrück habe die Ablehnung eines Referendats sofort zurückgegeben, als er erfuhr, daß dieser bei den Schwedter Dragonern Referendament war. Ein anderer Regierungspräsident habe die Annahme des Sohnes eines Verwaltungsgerichtsdirektors als Regierungsreferendar rückgängig gemacht, als sich ein Herr vom Landadel gemeldet hatte.

Daß die Selbstverwaltung mit List und Gewalt beschränkt wird, illustrierte der Angeklagte an einer Reihe von Beispielen. Ein rheinischer Landrat habe dem Bürgermeister seines Bezirks verboten, sich auch nur die geringste Zeit aus dem Ort zu entfernen. Der Regierungspräsident von Schleswig-Holstein habe für die Städte des Regierungsbezirks eine Klassenordnung erlassen und damit in die innersten häuslichen Verhältnisse eingegriffen. Die Regierung von Schleswig-Holstein habe der Stadt Hünim das Anstellungsrecht von Beamten genommen und sich für jeden einzelnen Fall der Anstellung die Genehmigung vorbehalten. Geheimrat Cassel-Berlin habe auf dem Stadtrat in Königsberg ausgeführt, wenn er von der Beschränkung der Selbstverwaltung reden wollte, so würde er vor drei Stunden nicht aufstehen können. Wie das Selbstverwaltungsrecht in bezug auf das Berliner Schulwesen durch List und Gewalt beschränkt werde, ergebe sich aus dem Buch des Prof. Preuß, der ebenfalls als Sachverständiger genannt werde. Ihm, dem Angeklagten sei es widerfahren, daß er in seiner Eigenschaft als Polizeiverwalter von der Regierung bedroht worden sei, um ihn zu zwingen, das Statut einer Feuerlöschordnung, die von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden war, in Form einer Polizeiverordnung einzuführen.

Wo altbreussische Gesetze in neuverordneten Provinzen nicht Geltung haben, z. B. bei dem Sparfahngesetz vom Jahre 1888, ist der Versuch gemacht worden, gesetzlich nicht geltende Bestimmungen, die die Gemeinde beschränken, auf dem Wege des Normalstatuts einzuführen. Daß die Gesetze für den Landrat normativ nicht existieren, wie er in seinem Buche „Die Misregierung der Konventionen unter Kaiser Wilhelm II.“ nachgewiesen habe, belegt der Angeklagte durch eine Reihe von Beispielen. Es sei in Formern behauptet worden, daß ein Landrat, der wegen eines widerrechtlichen Vorgehens strafrechtlich verfolgt werde, eine Pension vom Minister des Innern beziehe, nachdem er ein Urteil aus einem schweizerischen Kantontorium eingekauft habe. Ein anderer Landrat habe die Wäpche eines Gemeindevorstehers durch Polizisten unteruchen lassen, um festzustellen, ob der Mann nicht an einer Geschlechtskrankheit lide. Man habe ihm, dem Angeklagten, den Vorwurf gemacht, daß er Regierungsrat v. Keller aus Subermanns „Heimat“ als eine Art Dopus hingestellt habe; der Fall Böning beweise, welche Anmaßungen im höheren Beamtentum herrschten. Böning habe seine Stelle verlassen müssen, weil er ein achtbares Mädchen aus guter Familie, die Tochter eines Kreisfreiherrn, der früher Schwelger war, heiraten wollte. Dieser Fall spräche Bände. — Ueber das Landtagswahlrecht könne nicht sooft genug gesprochen werden. Daß die Verfassung in der Gesetzgebung nur noch zeitweise berücksichtigt werde, könne durch staatsrechtliche Ausführungen bewiesen werden. Die „frankhafte Auffassung“, die der Angeklagte nach Meinung der Staatsanwaltschaft von der Selbstverwaltung habe, sei eben die demokratische. In vereinsrechtlicher Hinsicht verfüge auf dem Lande tatsächlich der Gendarm. Der Angeklagte legt schließlich noch gegen die Unterstellung Verwahrung ein, daß er die Ehrerbietung gegen den Landesherren verlegt habe, indem er ihn einen Korpsstudenten nannte. Im übrigen lie die Entrüstung über das Disziplinarverfahren, die nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande geherrscht habe, keine Stellungsmache, wie die Anlage annehme, sondern lie die wahre, aufrichtige öffentliche Meinung. Die hervorragenden Vertreter der Wissenschaft und Politik und selbst die konservativen Zeitungen haben sich abfällig über die Disziplinarmaßregel geäußert. Daß eine besondere juristische Trennungspflicht, abgeben von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten gegen den Landesherren bestünde, betreffe er bei den jetzigen Verfassungszuständen. Er beantragte seine Freisprechung.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Heine bewies zunächst die Zulässigkeit der Fortsetzung des Disziplinarverfahrens nach Ausscheiden seines Klienten aus dem Gemeindevorstand. Der Verteidiger erörtere sodann die einzelnen Artikel und Auflagepunkte. Er betonte stark den wissenschaftlichen Charakter der Publikationen, der keineswegs dadurch ausgeschlossen wäre, daß aus den speziellen Vorkommnissen allgemeine Schlüsse gezogen werden. Dieses wäre vielmehr das Wesen des wissenschaftlichen Urteils. Aus der Anonymität des Buches folge nur, daß der Angeklagte den Zweck verfolgt habe, neuerlicher Schnüffelei nach den einzelnen Personen vorzubeugen, auf die sich die Angaben des Buches beziehen können. Gerade dieses beweise die fehlende Absicht jeder Ehrenkränkung. Der Angeklagte habe keine Behörde beleidigt, auch nicht die Staatsanwaltschaft. Daß diese auch von den Vorurteilen ihrer Gesellschaftskreise abhängig ist und keineswegs die objektive Behörde der Welt ist, sei Tatsache. In dem Artikel über das Vereinsgesetz habe der Angeklagte ganz mit Recht gesagt, daß der Gendarm die Entscheidung zu treffen hat und eine Versammlung vereiteln kann. Beschwerden und Anlagen dagegen, die vielleicht nach 1½ Jahren zu einer Reklamation führen, könnten den angerichteten Schaden nicht beseitigen. Jedermann wisse, daß unter dem alten Vereinsgesetz „Verationen“ gegen die Veranstalter oppositioneller Versammlungen in den verschleierten Normen an der Tagesordnung gewesen seien. Er selbst habe vor dem Oberverwaltungsgericht oft genug solche Sachen vertreten und auch Korrektur des landrästlichen und polizeilichen Vorgehens erzielt. Und in der kurzen Zeit seit dem Bestehen des neuen Vereinsgesetzes würden schon wieder neue Verurteile, wenn auch teilweise unter anderen Normen gemacht. Was Dr. Schüding vorausgesetzt habe, sei zum Teil bereits eingetroffen und könne sich zum andern Teil noch verwirklichen.

Es sei unbegreiflich, wie man dem Angeklagten die Bemerkungen über Provokation durch Polizeibeamten zum Vorwurf machen könne. Der Verteidiger verweist auf die sich immer wiederholende Entladung von Polizeibeamten, die sich als Sozial-

demokraten ausgeben. Bei den Strahendemonstrationen hätten einige Agenten weder das ihrige getan, um durch Geheiß und Sinnen die Aufregung zu steigern. Dieses sei durch Zeugen vor Gericht erwiesen worden. Auch auf den Fall Wohlgemuth vom Jahre 1887 verweise der Verteidiger; damals sei festgestellt worden, daß mit Polizeigeldern die zum Verbrechen aufernde anarchistische Zeitung „Die Freiheit“ gedruckt worden ist. Dieses wäre in den Reichstagsverhandlungen ausführlich erörtert worden. Wenn der Minister des Innern die Verantwortung für Provokationen von seinen Agenten ablehne, so sei ihm zu sagen, daß solche Agenten früher oder später immer zu Provokationen werden müßten. Wenn man dieses wisse und wer es trotzdem anstelle, der trage die Verantwortung auch für die Provokation. Der Verteidiger verwahrte sich sodann gegen jede Herabsetzung des sittlichen Charakters des Angeklagten. Der Ankläger habe dem Angeklagten nachgelagt, es fehle ihm der Mut, seine Schrift zu verantworten. Dieses müsse zurückgewiesen werden. Dr. Schüding wolle bloß nicht durch die subtile Auslegung seiner Worte und Unterstellung ihm fremder Absichten sich eine Verantwortung aufladen lassen, für etwas, das er nie gesagt hat. Der Angeklagte habe die besten Zeugnisse, nicht nur über seine wissenschaftliche Tüchtigkeit, sondern auch über das gute Verhältnis, das er zu seinen Mitbürgern herzustellen gewußt habe. Dieses sei seine Kleinigkeit bei den bekannten häufigen Differenzen zwischen Bürgermeister und Bürgerstadt. Die kritische Kritik, die in seinem Buch zum Ausdruck kommt, sei nicht die Folge von Unerbittlichkeit und Kränklichkeit, sondern des starken Pflichtgefühls, das ihn auch in seinem Beruf befehle hat. Der Angeklagte hat durchaus keine Pflicht getan, gerade auch durch die Kritik. Eine besondere rechtliche Pflicht zur Treue, die nicht zusammenfalle mit der Pflicht des Beamten, seine Schuldigkeit als sittlicher und gebildeter Mensch zu tun, existiere nicht. Im Feudalstaat habe der Wille des Feudalherrn geherrscht und die Treue des Gefolges habe sich über alle sittliche Schranken hinweggesetzt. Der Rechtsstaat werde durch Gesetz und sittliches Bewußtsein regiert. Wo die Gefühle der Treue mit diesem in Widerspruch geraten, gingen Gesetze und Sittlichkeit vor. Der Prozeß habe unbedingt einen politischen Charakter. Niemand könne bestreiten, daß in Preußen die Verwaltungsbehörden sich durchweg auf den Standpunkt der konservativen Partei stellen und daß selbst, wenn die Zentralbehörden es anders wollen, sie es nicht durchsetzen können, weil der ganze Apparat auf die konservative Partei zugeschnitten sei. Der Verteidiger beantragte zum Schluß Beweisaufnahme falls nicht sofort auf Freisprechung erkannt werde.

Der Vertreter der Anlage erklärte eine Beweisaufnahme für überflüssig. Der Fall Kleffta sei nicht eingegangen worden. Es spreche aber gegen den Angeklagten, daß er den Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom 25. Juni 1908, der so überaus verlegend gegen die Staatsregierung gewesen sei, mit der Erklärung berichtet, wie sie die Anlage anführe. Die Regierung steht den politischen Parteien neutral gegenüber. Sie habe dem Angeklagten nicht vorgeworfen, daß er liberal sei, sondern nur seine heberische Methode. Die Bezeichnung „heimlich“ sei nur äußerlich gewesen und habe keine Pflicht zur Geheimhaltung begründet. Es handle sich um unbegründete Urteile im Munde eines Beamten.

Der Angeklagte erklärte zum Schluß, daß er sich nur deshalb der Mühe dieser Verhandlung unterzogen habe, weil er sich in seiner anwaltlichen Beschäftigung geschädigt habe und durch Sachverständige die Nichtigkeit seiner schriftstellerischen Arbeit klarstellen. Um diese Klarstellung durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts handle es sich allein, da eine Disziplinarstrafe nicht mehr in Betracht komme, weil er aus dem kommunalen Dienst längst ausgeschieden sei. Noch immer seien, trotzdem der Vorwurf der Unwahrsamkeit zurückgezogen sei, Anstellungen gegen seinen Charakter gemacht worden. Er verlange deshalb volle Aufklärung und dränge auf Beweisaufnahme. Er nähme den Schutz der Verfassung in Anspruch und das Recht des Staatsbürgers auf freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift.

Der Gerichtshof verkündete nach kurzer Beratung, daß er am Freitag vormittag 9 Uhr zur Beratung des Urteils zusammentreten werde.

Aus der Nachbarschaft.

* **Besentamp, 23. Sept.** Brügeler der Werkmeister. Der Werkmeister Heinrich Schlüter, hier, beliebt jetzt die Arbeiter zu schlagen. So hat er am Dienstag zwei Arbeiter mit einer dicken Latte mißhandelt, daß sie die anderen Tage noch Schmerzen spürten. Die Arbeiter waren am Dienstag mit zu einer Beerdigung gewesen und sollten um 4 Uhr wieder auf der Fabrik sein. Die Arbeiter kamen aber erst um 5½ Uhr; sie hatten einige Schnäpse getrunken. Die Kollegen sind aber ruhig zur Arbeit gekommen. Den einen hat Schlüter gar nicht in die Fabrik gehen lassen, sondern hat ihn vor der Fabrik geschlagen. Wir wollen die Arbeiter, die in angetrunkenem Zustande zur Arbeitsstelle kamen, nicht in Schutz nehmen, aber wir fragen den Werkmeister Schlüter: Ist er nicht auch schon unzählige Male während der Arbeitszeit angetrunken gewesen? Er hat sich deshalb doch schon während der Arbeitszeit von seinen Arbeitern nach Hause bringen lassen müssen. Wenn ihm da sein Fabrikant auch eine Tracht Prügel verabreicht hätte, was hätte Werkmeister Schlüter dazu gesagt? Die Prügelei wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

* **Bielefeld, 21. Sept.** Nach einer vom kaiserlichen Ministerium erlassenen Polizeiverordnung wird das Ueberrachen ortsfremder Personen in Schuppen, Feldschuppen, Schuppen, Strohhäuser und Getreidebienen ohne Genehmigung des Eigentümers mit 60 Mk. Geldstrafe oder entsprechender Haft bestraft. Wenn man dieser Polizeiverordnung auch einerseits eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann, so muß man doch andererseits die Armen der Verurteilten bedauern, die wenn sie ohne Geld, Unterhalt und zu suchen gezwungen sind, nunmehr die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen müssen. Was diese Hilfe für manchen armen Arbeiter zur Nothilfe in seinem Fortkommen zeitigt, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden.

* **Stadthagen, 22. Sept.** Konsumverein. Am letzten Sonntag lagte im „Schaumburger Hof“ die 18. ordentliche Generalversammlung. Fast 270 Genossen waren erschienen. Der Geschäftsführer Herr Dr. Wenigling gab den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. Derselbe verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht und gab einige Erläuterungen dazu. Im vergangenen Geschäftsjahre machte sich auch bei uns die wirtschaftliche Krise infolge Arbeitsmangels besonders in der Glasindustrie und im Baugewerbe in fühlbarer Weise bemerkbar. Infolge des geringen Verdienstes wurde die Kaufkraft der Mitglieder vermindert. Besonders wurden hierdurch die Verkaufsstellen in der Engenstraße und in der Windmühlenstraße betroffen. Der um 8000 Mark verminderte Umsatz in der Windmühlenstraße ist allein diesem Umfange zuzuschreiben, während der Minderumsatz in der Engenstraße hauptsächlich durch die Abzweigung der Verkaufsstelle in Stadthagen entstanden sein mag, da dort der Umsatz von 50.000 Mk. auf 65.000 Mk. gestiegen ist. Trotzdem hat sich der Gesamtumsatz um 21.000 Mark vermehrt und beträgt 441.089,92 Mk. gegen 419.843,31 Mk. im Vorjahre. Die Mitgliederzahl hat um 39 zugenommen und

Setzung am 1. Juli 1920. Der diesjährige Reingewinn beträgt 33 040,26 M., so daß wir auch in diesem Jahre wieder die Verteilung von 10 Prozent auf die abgelieferten Marken der Generalversammlung in Vorschlag bringen können. Nachdem wir am 1. November vorigen Jahres unsere neuerrichtete Bäckerei und die Schrotmühle in Betrieb genommen hatten, blieb uns in diesem Frühjahr nur noch die Beschaffung neuer Kontorräume übrig, was in Anbetracht des Ansehens unseres Vereins absolut notwendig war. Das Kontor nebst Sitzungszimmer sind in unserem angrenzenden Hause Klosterstraße 34, an Stelle der früheren Bäckerei zweckmäßig untergebracht und eingerichtet und am 5. Juli d. J. bezogen worden. In der Bäckerei sind im verfloffenen Jahre für 107 720 M. Backwaren hergestellt worden gegenüber für 119 496 M. im Vorjahre. Dieser Rückgang von 11 776 M. ist darauf zurückzuführen, daß die Vereine Wendthagen und Nienstedt eigene Bäckereien errichtet haben und nicht mehr wie früher ihre Backwaren von uns beziehen. Um den Mitgliedern des Brotbägers- u. Gebäckerkörpers die Entnahme von Brot und Backwaren zu erleichtern, haben wir an beiden Stellen Brotverkaufsstellen eingerichtet. Herr Mensching erwarb die Anwesenheiten, unsere Einrichtungen stetig in Anspruch zu nehmen und ihre Bedürfnisse nur im Konsumverein zu decken. Ein Mitglied, welches einermäßen über das Genossenschaftswesen nachdenkt, wird gewiß nicht den Leuten sein Geld hinbringen, die seit Jahren unablässig bemüht sind, unsere gegenwärtige Einrichtung durch die Geheggebung zu behindern. Wir müssen jetzt Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Betriebssteuer, Vermögenssteuer und seit dem 1. April d. J. auch noch Schenksteuer bezahlen. Alle diese Steuern, die sich im jetzigen Steuerjahr auf 2500 M. belaufen, braucht der Konsumwirtschaftliche Verein, dessen Mitglieder alle wohlhabende Bauern und Geschäftsleute sind, nicht zu bezahlen. Im Gegenteil, der Verein erhält jährlich noch einen Zuschuß von 1600 M. aus der Landeskasse. Ein größeres Unrecht ist wohl kaum denkbar. — Nachdem der Aufsichtsratsbericht und der Bericht des Verbandsreferendars erledigt war, gab Herr Mensching den Kassenbericht. Die Bilanz belief sich in Aktiva und Passiva auf 138 960,64 M. Aktiva: Kassenkonto 9241,27 M., Warenkonto 45 176,63 M., Inventarkonto 648 M., Gebäudenkonto 1 435 000 M., Gebäudenkonto 11 000 M., Bäckereianlagenkonto 11 600 M., Maschinenkonto 13 600 M., Elektrische Anlagenkonto 2800 M., Anteil bei der G.-G.-G. 893,25 M., Debitoren 1501,49 M., Passiva: Mitglieder-Anteilkonto 30 072,24 M., Reservefondskonto 23 400 M., Dispositionskontokonto 30 200 M., Kassenkontokonto 4600 M., Hypothekenkonto 30 200 M., Darlehenskonto 13 060 M., Spareinlagenkonto 2103,98 M., noch zu zahlende Untofen 13 170 M., Gewinn- und Verlustkonto 33 040,26 M. Die Bilanz wurde von der Generalversammlung genehmigt und auf Antrag des Aufsichtsrats dem Vorstand Entlastung erteilt. Der Gewinnverteilungsplan: 3300 M. dem Reservefondskonto, 1158,70 M. = 4 Prozent Kapitaldividende auf den Geschäftsanteil, 28 505,30 M. = 10 Prozent Rückvergütung auf die abgelieferten Marken und 76,26 M. dem Dispositionskontokonto zu überweisen, wurde einstimmig genehmigt. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder W. Hesse, Fr. Meier und Fr. Kregel wurden wiedergewählt.

* **Schlengern.** 23. Sept. Der Arbeiter-Radfahrerverein „Stahlrad“ feiert am Sonntag bei Herrn Gastwirt Hoppe in Bünde im „Stadtgarten“ sein Rekruten-Abschiedsfest, und ladet die organisierte Arbeiterschaft von Bünde und Umgebung freundlichst ein.

Kirche und Schule.

ak. Die Niederlage der Modernisten in der katholischen Kirche hat eine neue Beschäftigung erfahren. Leo XIII. hatte im Jahre 1901 eine Kommission von 3 Kardinälen und 12 (später 40) Beiräten eingesetzt zur Prüfung der Ergebnisse der modernen Bibelforschung. Bis X., der für die Kommission großes Interesse zeigte, entbot 2 Beiräte, die nicht orthodox genug schienen, und gab damit schon einen Fingerzeig. Jetzt hat er die Entscheidung der Kommission genehmigt, deren einige M. Hebert im „Peuple“ mitteilt. Da heißt es: „Darf man die wörtliche

Richtigkeit bezweifeln, wo es sich um die Schöpfungsgeschichte handelt? B. die Schöpfung aller Dinge durch Gott im Anfang der Zeit; die besondere Schöpfung des Menschen; die Bildung der ersten Frau aus der Rippe des Mannes; das Glück unserer ersten Vorfahren im Stande der Gerechtigkeit, Unschuld und Unsterblichkeit; den göttlichen Befehl zur Prüfung des Gehorsams; die Verführung durch den in Gestalt der Schlange gekleideten bösen Geist usw.“ Antwort: Nein! — Also wörtlich wahr müssen diese alten Märgen bleiben. Und dann wundern wir uns, daß das geistige Leben in der Kirche erstirbt. Für ihre irdischen Zwecke und freilich Gläubige mit solcher Denkart am besten geeignet.

Vermischtes.

Die Cholera. Stettin, 23. Sept. In Stolpshagen ist der Arbeiter Junfer, wie amtlich festgestellt ist, an asiatischer Cholera gestorben, wahrscheinlich infolge Genusses von Odenwasser.

Gefrandet. Stettin, 23. Sept. Heute früh ist bei Dohme auf Rügen der Dampfer „August Müller“ gestrandet. Das Schiff befand sich mit Kohlen auf der Fahrt von Schottland nach Stettin. Bergungsdampfer sind zur Hilfeleistung nach der Unfallstelle abgegangen.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. Frankfurt am Main, 23. Sept. Der in den 40er Jahren lebende Friseur Stadelmeier und sein Gehilfe, der 23jährige Heinrich Hausfeld, wurden wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. Die Verbrechen reichen mehrere Jahre zurück und erstreckten sich auf eine große Anzahl von Mädchen im Alter von 7 bis 11 Jahren.

Durch Gase verbrannt. Berlin, 23. Sept. Am Nordufer gerieten heute vormittag drei Arbeiter beim Ausschachten in einen alten Kanal, wo sie durch giftige Gase verbrannt, brennend zusammengefallen. Arbeitskollegen und die später hinzukommende Feuerwehr brachten die Verunglückten in Sicherheit und schafften sie ins Bismarck-Krankenhaus.

Schwerer Automobilunfall. Berlin, 23. Sept. Ein schweres Automobilunfall hat sich heute gegen 1 Uhr nachmittags ereignet. Eine Kraftdrosche fuhr um die angegebene Zeit in sehr schnellem Tempo die Chaussee von Franz. Buchholz nach Schöneberg. In voller Fahrt fuhr das Auto gegen einen Baum; alle fünf Personen, die sich in dem Auto befanden, wurden herausgeschleudert und erlitten zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen.

Ein flüchtiger Postkassierer. Limoges, 23. Sept. Der Kassierer des Hauptpostamtes in Limoges ist flüchtig. Er hinterläßt in der Postkasse ein Defizit von 350 000 Franken.

Erdbeben. Toulon, 23. Sept. Ein starkes Erdbeben wurde gestern in Toulon verspürt. Mehrere Häuser sind eingestürzt, u. a. in Lambecy usw. wo bereits in diesem Jahre Erdstöße verspürt worden sind. Nach dem Erdstöße ging ein furchtbares Unwetter nieder. Der Präfect des Departements Bouches du Rhône entsandte sofort Truppenabteilungen, um den angeordneten Schaden festzustellen und sich eventuell an den Aufräumarbeiten zu beteiligen. Soweit bis jetzt bekannt, handelt es sich nur um Materialschaden. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist groß.

Von der Luftschiffahrt.

Berlin, 23. Sept. Nach einem vorausgegangenen mißglückten und einem gelungenen Versuche führte der französische Militärkathak heute nachmittag seinen Monoplane dem Berliner Publikum zum ersten Male offiziell vor. Die Veranstaltung, die vom Warenhaus W. Wertheim, G. m. b. H., ausging, hatte zahllose Zuschauer nach dem Tempelhofer Feld gelockt. Um 4 Uhr 12 Min. flog der Kathak zum ersten Male auf. In einer Höhe von 30 bis 40 Meter bewegte sich der Aéroplane in großen Kreisen über das Flugterrain hinweg, wobei die große Geschwindigkeit der Maschine allgemein bewundert wurde. Infolge eines unbedeutenden Defekts erfolgte 4 Uhr 32 Min. glatt die Landung. Der zweite Flug dauerte nur 11 Minuten. Die

Landung mußte auch diesmal infolge eines geringfügigen Defekts vorzeitig vorgenommen werden.

Halle (Saale) 23. Sept. Bei der erneuten Probefahrt in Bitterfeld erlitt der „Barieval 4“ schweren Propellerabsturz. Die Landung geschah unter großen Schwierigkeiten im freien Felde bei Bitterfeld. Die Anwesenheit des „Barieval 4“ in Bitterfeld zum Bennet-Wettfliegen ist dadurch in Frage gestellt.

Letzte Nachrichten.

Die angebliche Affäre Hengsbach. Soeben wird uns telephonisch mitgeteilt: Hengsbach erklärt, daß die Behauptungen der bürgerlichen Presse, die über ihn aufgestellt worden sind, falsch sind. Auch Weibel ist von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt. Hengsbach wird gerichtlich vorgehen.

Leipzig, 24. Sept. Der Kaufmann Bernhard Roser aus Berlin, der wegen des bekannten Attentats im Reichsgericht längere Zeit auf seinen Gefängnisstand untergebracht worden ist, vor kurzem aus der Haft entlassen und in eine Heilanstalt übergeführt wurde, ist auf Grund eines von der Leipziger Staatsanwaltschaft erlassenen Haftbefehls von neuem verhaftet worden. Der Haftbefehl verfügt die Wiederfestnahme Rosers wegen Dolchschlags.

Berlin, 24. Sept. Schädling ist vom Oberverwaltungsgericht zum Verlust des Bürgermeistertitels und eines etwaigen Pensionsanspruchs gegen die Stadt Sülsum verurteilt worden.

Berlin, 24. Sept. Bei Erdbarbeiten am Ronnenbamm wurde gestern ein Arbeiter bei der Aushebung eines Tunnels in einer Tiefe von zwei Metern durch herabstürzende Erdbmassen erschlagen und schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb.

Brüssel, 24. Sept. Beim gestrigen Unfall des Paris-Berliner Expresszuges, der auf dem Bahnhof Nordiers stattfand, sind bis jetzt amtlich etwa 5 Personen als schwer, mehrere als leicht verletzt gemeldet worden. Ein Russe mußte sterbend ins Hospital gebracht werden.

Brüssel, 24. Sept. In Bulderingham erschlug der 17jährige Sohn des Ehepaars Dubois seine alte Mutter, weil sie sich geweigert hatte, ihm Geld zur Kirmes zu geben. Der Kopf der Unglücklichen war nur noch eine formlose Masse.

Paris, 24. Sept. Der französische Abiakter Maurice Garman unternahm gestern in Chateaufort mit seinem von ihm selbst konstruierten Zweiflügel einen Ueberlandflug, der 15 Minuten dauerte und von Chateaufort bis Brétouville über Wälder, Dörfer und Telegraphenbrücke ging. Es war dies der erste Flug mit dem Aeroplane über Land mit sofortiger Rückkehr zum Aufstiegsort und ohne Zwischenlandung.

Bern, 24. Sept. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, in dem deutsch-schweizerischen Wehlsollkonflikt an die deutsche Regierung eine Note zu richten, in der die von Deutschland vorgenommene Verringerung der Einfuhrzolltarifordnung als nicht genügend bezeichnet wird und der Bundesrat mit aller Bestimmtheit auf eine schiedsgerichtliche Erledigung beharrt.

Konstantinopel, 24. Sept. Vier wohnende Albanier erhielten aus ihrer Heimat telegraphische Nachrichten, laut denen General Dikandja Pascha mit zwei Bataillonen im Limna-Gebiet von den Aufständischen umzingelt worden sei.

Newyork, 24. Sept. Die Wirbelsäule in Nordamerika halten noch immer an. Nach amtlichen Feststellungen wurden in St. Louis bis jetzt 80 Tote geborgen. Auf dem Mississippi tobt der Orkan und die Flutenwellen noch immer. Ganze Scharen von Menschen werden vermisst. Man schätzt die Zahl der Toten auf 125.

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpedienten! Die Filialexpedienten, welche die Zeitungen durch die Post überwiesen bekommen, werden daran erinnert, daß sie bis zum 25. angeben müssen, wieviel Zeitungen sie für Oktober gebrauchen.

Für die Gesundheit Ihrer Kinder

ist nichts zuträglicher als der regelmäßige Genuss von

Reese. Pudding

weil knochenbildende Bestandteile darin enthalten sind. Verlangen Sie deshalb ausdrücklich nur das echte Reeses Puddingpulver sowie ebenfalls echt Reeses Vanillinzucker.

Reese Gesellschaft
Hamburg.

Nachdruck verboten.

Kleine Anzeigen-Gef.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der letzten Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Aufschrift werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Druckerei! Gesamteindruck, 14 kompl. moderne Schreibräume, in jedem Holz, in eigener Tischlerei gearbeitet; 15 komplette Küchenanordnungen, aparte Kuchentische. Kleben-Auswahl in Vertikal, Spiegel, Sofas, Salons, Speisezimmer usw. — für gute Ausführung nach Garantie geliefert — gebe wegen Platzmangel spottbillig ab. Bielefelder Möbelhaus, Jägerstr. 16—26 4025*	Kochherde, 4751 Defen, in geschmackvollen Mustern, sowie sämtliche Haus- und Küchengeräte empfiehlt billigst H. Brinckmann, Brackwede, Kaiserstr. 51. Gebrauchtete Herde und Defen nehme in Umtausch.	Reservisten! 5152* Kaufen Sie Ihre Hute, Mägen, Krawatten, Wäsche, Schirme nur bei W. Schierbaum, Delmühlerstr. 69, dort werden Sie billigst bedient.	Wäsche für Damen und Kinder. Gute Qualitäten. Billigste Preise. Georg Meier, Herforderstraße 12. 4754	Emallierte Füllköfen für die Hälfte des früheren Preises, erstl. Fabrikat, zu 32.—, 33.—, 34.—, 35.—, 39.50 Mark. Herz Wiesbrun, Brackwede. 5059	Glühkörper, erprobte Qualitäten, bis 1. Oktober zu alten Preisen. S. Sittig, Bürgerweg 46. 5122*	Birnen, gepflegte, großen Bäumen, zum Kochen, habe diese Woche billig abzugeben. K. Zingling, Gatenort 47. 5160*						
Ghe Sie Möbel kaufen, beschäftigen Sie das Engros-Lager von F. Mertens. Fabrikant billige Preise. Beste Gelegenheit für Wiederverkäufer. Eigene Tischlerei. Lieferung ganzer Ausstattungen. 4867	Matratzen. Die allerneuesten verbesserten Stahlfedermatratzen taucht man am billigsten in der Fabrik von F. Mertens. 100 cm breit von 12.00 an. 4838	100 Stück Holzschiffchen, ein und zweifach, altheitliche und englische, 12.00, 15.00, 18.00, 20.00, 24.00, 28.00 M. bei F. Mertens. 4869	Seegegras Alpenheu-Matratzen 6.00, 7.00, 8.00, 10.00, 15.00, 20.00 M. in der Fabrik von F. Mertens. 4870	Capots Matratzen 15.00, 20.00, 25.00, 30.00, 35.00, 40.00 M. in der Fabrik von F. Mertens. 4871	Babykörbe sehr billig bei F. Mertens. 4872	Betten unter Garantie taucht man am billigsten im Engros-Hause von F. Mertens. 4873	Kochhaars 4874 Matratzen taucht man am billigsten in der Fabrik von F. Mertens.	Kinderwagen, enorme Auswahl, fabelhaft billig bei F. Mertens. 4875	Kinderbettstellen, unübertroffene Auswahl, 8.00, 10.00, 13.00, 16.00, 20.00, 24.00 M. bei F. Mertens. 4876			
Berehrte Hausfrau! Meine Süßrahm-Vanille-Margarine, per Pfund 70 und 80 Pfg., nebst den bekannten Zugaben, erweist in jeder Weise beste Naturbutter. Machen Sie bitte den Versuch. Kaufhaus Kreuzstraße 28. 3593	Schuhwaren 5174 Alle Art, Knöpfe, einzelne Hosen, Hute und Mägen kaufen Sie am billigsten bei Kaufmann & Düring, Pöppelstraße 10, am alten Markt.	Skat-Klub „Gut Glück“. Sonntag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn W. Hannemann, Wehreitstr. 5: Mitglieder-Versammlung Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen B. Rechten, Osnabrück, über: „Unsere Aufgaben innerhalb der Organisation.“ 2. Geschäfts- und Organisationsbericht. 3. Unsere Agitation. 4. Verschiedenes. 5161 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Die Ortsverwaltung.	Spezial. hiesige, trockene Ware, großen Posten vorrätig, empfiehlt billigst Detert, Jägerstr. 37. 4996*	Wiebrod. Gutterwiebrod 24 Stück 15 Pfg. 4785	Wiebrod 64 freige Eier. 4786	Wiebrod 55 Dtd. Heringe, neue prima. 4787	Wiebrod 10 Pfg. 3 Tafel Schokolade, 1/4 Pfd. Böhlen 10 Pfg. 4788	Wiebrod. Mark kostet das Pfd. Schweizer, Zister 80 Pfg. 4789	Wiebrod. Parzläse 5 Stück 10 Pfg., durchgebrannte Limburger Pfd. 55. 4790	Wiebrod. Wiederverkäufer, Preise nach Uebereinkunft. 4791	Sauerfrant per Pfund 10 Pfg. Wiebrod. 4924	Wiebrod. Pflaumen 10 Pfd. 55, zum Einmachen. 5175

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Filiale Bielefeld.
Sonntag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn W. Hannemann, Wehreitstr. 5: **Mitglieder-Versammlung**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen B. Rechten, Osnabrück, über: „Unsere Aufgaben innerhalb der Organisation.“
2. Geschäfts- und Organisationsbericht.
3. Unsere Agitation.
4. Verschiedenes.
5161
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Die Ortsverwaltung.**

Skat-Klub „Gut Glück“.

Sonntag, den 25. Sept. 09, findet im Vereinslokal die **General-Versammlung** statt, wozu sämtl. Mitglieder dringend eingeladen werden.
5144 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Donnerstag morgen 11 1/2 Uhr nach langem, schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Decker **Heinrich Markewitz** 5184* im Alter von 60 Jahren. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an **Die trauernden Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet Sonntag, 26. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Rißhergen, aus statt. Vorfeier 3 Uhr dafelbst.

Phonographen!

Ausstellung erstl. moderner Phonographen und Grammophone. Größte Auswahl der neuesten Marken und Schallplatten verschiedener Fabriken. Gute und reelle Bedienung bei billigen Preisen, daher laßt man sich nicht täuschen. Bielefelder Musikwarenhaus von Otto Leber, Bahnhofstraße 40, Nähe Bahnhof. 5179

Preis-Stat!

Sonntag, den 25. September, abends 9 Uhr, (Ausstellung eines frisch geschlachteten Hammels) bei Heinrich Kaiser, Hammer Mühle, Mühlenstraße 36. 5131

Schützenhof!

Sonntag abends 8 Uhr großer Preis-Wett-Stat. Es ladet freundlichst ein Gust. Puls. 5165*

Herde,

Defen und Haushaltungsgeschenke in großer Auswahl, auch bei Teilaufnahmen, empfiehlt C. Bratemeier, Herforderstraße 72, gegenüber der Schule. 3592

Matulatur,

große, feste Bogen für Seife, Heringe u. einzupacken, Zentner 3.00 b. 3.50 M., B. Brönheim, Buchhandlung, Bielefeld, Gde. Deeper u. Kaiserstr. 5180*

Gebrauchtes Backpapier

große, feste Bogen, Zentner 2.50 M., bei B. Brönheim, Buchhandlung, Bielefeld, Gde. Deeper u. Kaiserstr. 5181*

Hobelbank,

kleine, billig zu verkaufen. Nachfragen in der Exped. 5173

BE

* Morgen bleibt
* Feiertag bis
* gese
* Gebr.

Verband der M

feiert am Sonntag, 20. im Lokale des

20. St

Konzert, humorist
Es ladet ergebenst ein

Deutscher H

Zahl
feiert am Sonntag, 20. Bergg

Stiftu

bestehend in
wozu die Kollegen mit ihre
5172

Son

bleibt
= bis 6
gese

Harn

Achtung! 20
Dienstag, den 28.
Au
General-
im Lokale des Herrn
Ta

1. Die baugewerblichen
die Arbeitsbedingungen
2. Die Verschmelzung
der baugewerblichen
3. Verschickenes.
Zu den ersten beiden
Siedessen, Bremen, das
NB. Die Themat, bes
Organisation wie für jeden
bedeutung, daß eine Ueberfüll
Verschmelzung findet eine geb
dieserhalb auch gebeten, sofort
lokal zu geben, damit panti
abschließenden Kollegen mitg

BETTEN

in nur bester
Qualität bei
zu billigsten
Preisen

Gebr. Gottschalk

Bielefeld, Niedernstr. 29/31.

4015

Morgen Sonnabend

bleibt unser Geschäft

5164

Feiertags halber

bis 6 Uhr abends

geschlossen!

Gebr. Gottschalk

Verband der Maler u. verwand. Berufe

feiert am **Sonnabend, den 25. d. Mts.**, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **A. Indiestel**, sein

20. Stiftungsfezt

bestehend in

5113

Konzert, humoristischen Vorträgen und Ball.

Es ladet ergebenst ein

Der Festleiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Herford

feiert am **Sonntag, 26. September**, in **Brockmanns
Berggarten**, sein diesjähriges

Stiftungs-Fest

bestehend in **Konzert und Ball**,

wozu die Kollegen mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen sind.
5172 **Das Festkomitee.**

Sonnabend

bleibt unser Geschäft

= bis 6 Uhr abends =

geschlossen!

Harms & Co.

Achtung! ~~Mauerer~~. Achtung!

Dienstag, den 28. September, abends 6 1/2 Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

im Lokale des Herrn **August Indiestel**, Bürgerweg 14.

Tages-Ordnung:

1. Die baugewerblichen Arbeiter-Organisationen im Kampfe um die Arbeitsbedingungen.
2. Die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter.
3. Verschiedenes.

Zu den ersten beiden Punkten der Tages-Ordnung hat **Gauleiter
Gibbesen**, Bremen, das Referat übernommen.

NB. Die Themata, besonders die Verschmelzungsfrage, sind für die Organisation wie für jeden einzelnen Kollegen von so großer Bedeutung, daß eine Ueberfüllung des Lokals zu erwarten ist. Wegen der Verschmelzung findet eine geheime Abstimmung statt. Die Kollegen werden hierüber auch gebeten, sofort nach Schluß der Arbeit zum Versammlungslokal zu gehen, damit pünktlich begonnen werden kann, und jeden noch abseitsstehenden Kollegen mitzubringen.

5177 **Der Vorstand.**

Bürstenwaren, Bedarfsartikel

für den Haushalt.

Handfeger, reine Haare 65, 50, 35, 25 $\frac{1}{2}$

Stubenbesen, reine Haare 1.25, 1.00 75 $\frac{1}{2}$
bis 3.00

Scheuerbürsten 28, 25, 18, 10 $\frac{1}{2}$
bis 50 Pfg.

Schrubber bis 65 Pfg. 38, 35, 25 $\frac{1}{2}$

Wichsbürsten, reine Haare bis 95, 38, 28, 25 $\frac{1}{2}$

Auftragbürsten 15, 10, 8, 5 $\frac{1}{2}$

Schmutzbürsten 18, 12, 10 $\frac{1}{2}$

Kleiderbürsten 65, 50, 35, 22 $\frac{1}{2}$
bis 1.85

Kutbürsten 95, 65, 35 $\frac{1}{2}$

Zeppichbürsten 65, 50, 45 $\frac{1}{2}$

Zeppichbesen mit Stiel 65 $\frac{1}{2}$

Staubwedel 95, 50, 35, 25, 10 $\frac{1}{2}$

Ausklopfer 75, 50, 25, 15 $\frac{1}{2}$

Aufnehmer 40, 25, 22, 18, 10 $\frac{1}{2}$

Klosettbürsten 65, 50, 38 $\frac{1}{2}$

Kokosmatten 58, 45, 38, 25 $\frac{1}{2}$

Binsenmatten 2 Stück 25 $\frac{1}{2}$

Fensterleder 75, 50, 42, 35 $\frac{1}{2}$
bis 2.00

Kaushaltseife 3 Stück 25 $\frac{1}{2}$

Kernseife Stück 22 und 9 $\frac{1}{2}$

Bohnerwachs Dose 75 und 42 $\frac{1}{2}$

Putzpomade Dose 5 $\frac{1}{2}$

Geolin, Fußmittel, Flasche 42 $\frac{1}{2}$

Putzcreme Meyers Solarine, Flasche 28 u. 18 $\frac{1}{2}$

Möbelpolitur Flasche 50 $\frac{1}{2}$

Ofenputzschmirgel „Prometheus“ Paket 20, 12 $\frac{1}{2}$

Emaill-Putz Paket 18 und 9 $\frac{1}{2}$

Messerputzpulver Paket 9 $\frac{1}{2}$

Schmirgelleinen 3 Bogen 10 $\frac{1}{2}$

Seifenpulver 3 Paket 20 $\frac{1}{2}$

Waschblau 3 Beutel 10 $\frac{1}{2}$

Schuhcreme Dose 35, 25 und 10 $\frac{1}{2}$

Wichse 10er Schachtel 5 $\frac{1}{2}$

Zoil ette-Papier Rolle 25, 15 und 10 $\frac{1}{2}$

Metalltopfreiniger 28 $\frac{1}{2}$

Spülsteinreiniger 28 $\frac{1}{2}$

Der billige Emaillewaren-Verkauf

dauert fort!

Noch vor der Steuer!

3 Pakete Streichhölzer 35 $\frac{1}{2}$

Glühstrümpfe 40, 35, 25, 18 $\frac{1}{2}$

per Dsd. 450 400 275 200

Lerigsmann
Niedernstrasse 34.

5170

Bodizeits-Einladungen

fertigt schnell und sauber an
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter
Verwaltung Bielefeld.

Am **Montag, 27. September**, abends 7 Uhr, findet im
Lokale „Stadt Bielefeld“, Marktstraße 8, eine

öffentliche Versammlung

für alle in der **Konfektions- und Wäschebranche**
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

Abends 9 Uhr im selben Lokale:

öffentliche

Maß-Schneider-Versammlung.

Referent in beiden Versammlungen: **Kollege Heitmann**, Berlin.
Deshalb, Zuschneider und Bügler, Näherinnen und Plätterinnen,
Maßschneider und Konfektionsschneider, erscheint in obigen Versammlungen!
5142 **Die Ortsverwaltung.**

Eltern, deren Söhne jetzt vom Militär
entlassen werden, seien hierdurch auf die
heutige Beilage der Firma **Ernst Spanier**,
Niedernstr. 8 — des unbedingt billigen
Spezialgeschäftes Bielefelds — aufmerksam
gemacht. Das gute Renommee der Firma
Spanier bürgt für eine reelle Bedienung.

5185

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch
von den Lesern und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

5177 **Der Vorstand.**

Preiswerte Herren- und Damen-Stiefel

8⁵⁰ Damen-Stiefel
bewährte Qualität,
imit. Chevreaux und
Boxcalf

Herren-Stiefel 8⁵⁰
Box- und Chromleder
verschiedene Formen

10⁵⁰ Damen-Stiefel
Elegante Formen mit
und ohne Lackkappe und
jede Absatzhöhe

Herren-Stiefel 10⁵⁰
Boxcalf und Chevreaux,
auch mit Lackkappe und
Derbyschnitt

12⁵⁰ Damen-Stiefel
erstkl. Ausführung
vollendete Passform

Herren-Stiefel 12⁵⁰
alle Ausführungen
unvergleichliche Auswahl

ZUCKERBERG

neben der Fa. Hauptmann.



Unser Geschäft bleibt morgen, Sonnabend,
bis abends 6 Uhr

geschlossen. S. Alsberg & Co.

Bielefelder Fleischhalle

Gehrenberg 20. Schildescherstr. 47a.

Inhaber:

Wilhelm Frankenberg.

Ich empfehle diese Woche: **Ia. Ochsenz., Kalb- und Schweinefleisch** zum billigsten Preise, sowie sämtliche **Wurstwaren** zum Engrospreise im Detail-Verkauf, z. B.:

Ia. Leberwurst, Fleischwurst, Mettwurst, Braunschweiger à Pfd. 70 Pfg.
Ia. Landfleischwurst u. Landblutwurst . . . à Pfd. 40 Pfg.
Ia. Sülze à " 50 "
Geschlachtet Rind- u. Schweinefleisch . . . à " 80 "
Ia. Blockwurst à " 120 "

Ferner: Fett, Schmalz, Speck, Klein-Fleisch, alles in Ia. Qualität zu herabgesetzten Preisen.

Rechnungs-Formulare

liefert in feinsten Ausführung und billigst
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Heinr. Beimdieke

Brackwede, Kaiserstrasse,
Manufaktur-, Woll-, Weiss- u. Kurz-
waren, Anfertigung eleganter
Damen-Konfektion, 14208

Heinr. Beimdieke

Bünde i. Westf., Bolldamm,
Manufaktur-, Woll-, Weiss- u. Kurz-
waren, Erstlings-Ausstattungen,

Wilh. Beimdieke

Stift Quernheim, Fr. L. Vogt,
Manufaktur-, Woll-, Weiss- u. Kurz-
waren, Porzellan- und Kolonial-
waren

bieten ihrer werten Kundschaft
durch gemeinschaftlichen Ein-
kauf streng reelle und
= billige Preise. =

Betten

Gardinen

das Fenster zu 2.00,
2.50, 3.30 und höher.

Bettkattune und Satins

zu 25 30, 38, 40,
48, 55 Pfg.

Hemdentuche

prima Bleiche
80 cm breit

zu 28 30, 33, 36,
45, 50 Pfg.

Pelz-Piqué und Croisé

zu 38 45, 55, 65,
78, 90 Pfg.

Schürzensiamosen

140 cm breit zu 58 und 75 Pfg.

aus garantiert **federdichten Inletts** u. mit **doppelt gereinigten Federn, Halbdaunen u. Daunen** gefüllt
zu den billigsten Preisen.

Rouleauxstoffe

in allen Breiten
enorm billig!

Kleidersiamosen

zu 30 38, 45,
53 Pfg.

Kleidersiamosen

doppelte Breite zu 48 55, 60,
68, 75 Pfg.

Küchentücher

rot □ zu 16 20, 25,
30 Pfg.

Jacquard-Bandtücher

50/110
feine Qual. zu 50 Pfg.

Betttücher und Schlafdecken enorm billig.

Neu eingetroffen in grossem Sortiment:

Kleiderstoffe

schwarz
und
farbig,

Blusenstoffe, Kostümstoffe

zu bekannt billigsten Preisen.

Bielefeld,
Obernstr. 35.

Heinr. Hirz

Bielefeld,
Obernstr. 35.

Nr. 223.

Magyarisd

Die Herrschaften in U
böller auf allen Wegen
Budgetbehalte wurden
günstigen Stimmung be
wurden, große deutsche
Illustrierte Zeitung und
über diesen Dispositionen
schen Preise erzählen. An
Berufsrichtungen erheben
den Lobgefang auf den
den Tagungen der Friede
Varian des Grafen App
ungarische „Kultur“ zu
mit allen widerlichen Re
schaft Ungarns vollzieht
alterten gesellschaftlichen
der westeuropäischen Pre
und da wird das also ge
Staat asiatischer Vojaren

Der Agramer Hochbe
Monate dauerte, soll n
diesem Prozeß wurden
abgelehnt und die Staat
für einige Angeklagte, für
gestützt auf die Aussagen
und gemeinen Diefes Ne
herigen Verhalten des Ge
ein Maturteil im Sinn
gewärtigen steht. Einen
der am 4. September vor
genommen hatte und am 14.
10 Arbeitern zu insgesam
Die Anlage wegen schw
wendung von Gewalt geg
Arbeiter, von denen 12
faben. Der Prozeß förd
Budapester Polizeibehör
die ungarische Regierung
Justizbehörde vor aller
des Kabinetts Befehle,
ungarischen Gewerkschaft
Prozeß gerichtsnotorisch
der Minister des Innern,
streben vor der schmutzige
zurückgedreht.

Die politische Vorgeh
greift weit zurück. Der
vor zwei Jahren mit eini
Arbeiterbewegung Rücksp
rechtsentwurf die Bahn
die Initiative in der pol
wurde, machte sich And
mente der gesamten Arb
trümmern der Gewerksch
von den herrschenden Sch
die in ihren „nationalen
gegen die Krone gelähmt
die das allgemeine Wahlr
Stütze findet, soweit es
herrschaft und um die Au
Regierung erlann daher
werkstätten auf Grund
lösen. So lagen die Ding
den entscheidenden Schlag
der ungarischen Gewerksch
und den Metallarbeiterve
Im Herbst des Jahr
schwante, dem Pluralwa
geben, nach Budapest kom
besseren Antunft, die Ruhe
damit den König nichts a
Wahlrecht erinnere. Die
brutaler Gewalt niederge
größere Demonstration
Hauptmann eine groß
und diese, in Gruppen ge

Man aus d
von Fr

Einen alten Schiffs
Augen gelassen: den Doff
die Berge gegangen war
obzuliegen. Später, wen
erniet, wo er nicht gefä
ihm befreundeten Familie
ihm lag, wieder zusam
faches Leben von Jugend
nicht viel Bedürfnisse, u
neuen Flora um sich her,
brechender Nacht entwe
aufgefundenen Goldwäsch
es eben nicht anders ging
anzurufen. Das Maul
feine Dedes und sein No
das Gras in seiner Nähe
Tau abgetrocknet war, z
denen er hier und da be
wunderten sich freilich, ei
freifen zu leben, der n
Wanne mit sich führte, u
ausruhte und in seine W
legte. Der alte Mann
Freundliches in seinem
spöttisches Wort darüber
ihm selbst die Amerikaner
gefallene Blumen und Pf
So war er etwa fünf
gestiegen, und mit der ge
beichloß, seinen Kurs na
dachte er eine Zeitlang be
Nachbarschaft zu unterne
leben. Wohin, blieb sich
fand für seinen Zweck. E
irgend eine Richtung, der
gar keine Ahnung hatte, a
fühllich vom sogenannten
also erst leben, daß er irg
die Richtung dorthin ang
Bergwand mit seinem
entdeckte er da unten im
fiel ihm jedoch nicht befo

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 223.

Bielefeld, Freitag, 24. September 1909.

20. Jahrg.

Ungarische Schandprozesse.

Die Herrschaften in Ungarn suchen die Achtung der Kulturböller auf allen Wegen zu erringen. Bei der verflochtenen Budgetdebatte wurden Kienjungen ausgegeben, die zur günstigen Stimmung der westeuropäischen Presse aufgewendet wurden, große deutsche Wochenchriften, wie die Leipziger Illustrierte Zeitung und die Moderne Kunst, konnten vieles über diesen Dispositionsfonds zur Verstärkung der westeuropäischen Presse erzählen. Auf den internationalen Kongressen aller Berufsrichtungen erheben die wohlbestallten Vertreter Ungarns den Lobgesang auf den ungarischen Kulturfortschritt, und auf den Tagungen des Friedenskongresses versucht der wohlklingende Bariton des Grafen Apponyi unentwegt, die Welt über die ungarische „Kultur“ zu täuschen. Der Säulnisprozess, der sich mit allen widerlichen Nebenerscheinungen in der alten Gesellschaft Ungarns vollzieht, wird von den Kugeln der veralteten gesellschaftlichen Verhältnisse mit gebührenden Urteilen der westeuropäischen Presse zu verdecken gesucht, und nur hier und da wird das also gespannte Längengewebe zerrissen und der Staat asiatischer Völkern tritt grell in die Erscheinung.

Der Agrarier Hochverratsprozess, der nunmehr über sechs Monate dauerte, soll nun zur Entscheidung gelangen. In diesem Prozess wurden alle Weisungsanträge der Verteidigung abgelehnt und die Staatsanwaltschaft fordert das Todesurteil für einige Angeklagte, für andere langjährige Zuchthausstrafen, gestützt auf die Aussagen des notorischen Spießes, Provokateurs und gemeinen Diebes Rastisch. Folgt man aus dem bisherigen Verhalten des Gerichtshofs, so muß man annehmen, daß ein Urteil im Sinne der staatsanwaltlichen Anträge zu gewärtigen steht. Einen „milderen“ Ausgang nahm ein Prozess, der am 4. September vor dem Budapesti Strafgerichtshof begonnen hatte und am 14. September mit der Verurteilung von 10 Arbeitern zu insgesamt 7½ Jahren Gefängnisstrafe endigte. Die Anklage wegen schwerer forderlicher Verletzung und Anwendung von Gewalt gegen die Behörde richtete sich gegen 25 Arbeiter, von denen 12 seit 10 Monaten in Untersuchungshaft saßen. Der Prozess führte die staatsanwaltliche Geheimnisse der Budapesti Polizeibehörde zutage und kompromittierte schwer die ungarische Regierung, die den politischen Hintergrund dieser Justizbehörde vor aller Welt zu vertreten hat. Das Bestreben des Kabinetts Bellerle, das sich auf die Vernichtung der ungarischen Gewerkschaften richtete, wurde in dem Budapesti Prozess gerichtsnotorisch gemacht und gleichzeitig festgestellt, daß der Minister des Innern, Graf Julius Andrássy, in diesem Bestreben vor der schmutzigen Rolle des Agent provokatours nicht zurückschreckte.

Die politische Vorgeschichte des Budapesti Schandprozesses greift weit zurück. Der Minister des Innern, Andrássy, hatte vor zwei Jahren mit einigen Führern der ungarischen politischen Arbeiterbewegung Rücksprache genommen, um dem Pluralwahlrechtsentwurf die Bahn freizumachen. Nachdem auf diese Weise die Initiative in der politischen Leitung der Bewegung ertötet wurde, machte sich Andrássy an die Vernichtung der Fundamente der gesamten Arbeiterbewegung Ungarns, an die Zerstörung der Gewerkschaften. Er wurde in diesem Beginnen von den herrschenden Schichten Ungarns begeistert und bestärkt, die in ihren „nationalen“ Kämpfen gegen die Nichtmagyaren und gegen die Krone gekämpft und bleiben, solange jede Macht, die das allgemeine Wahlrecht bringt, in den Gewerkschaften eine Stütze findet, soweit es sich um die Vernichtung der Adels- herrschaft und um die Aufrichtung der Demokratie handelt. Die Regierung ersann daher Vorwände, um die Gewerkschaften auf Grund „statutenwidrigen Betragens“ aufzulösen. So lagen die Dinge, als die Regierung im Oktober 1908 den entscheidenden Schlag gegen die letzten und stärksten Feiler der ungarischen Gewerkschaftsbewegung, gegen den Holzarbeiter- und den Metallarbeiterverband vorbereitete.

Im Herbst des Jahres 1908 sollte der König, der noch schwankte, dem Pluralwahlrechtsentwurf seine Zustimmung zu geben, nach Budapest kommen, und die Regierung wollte bis zu dessen Antritt, die Ruhe mit allen Mitteln wieder herstellen, damit der König nichts an das von ihm versprochene allgemeine Wahlrecht erinnere. Die kleinsten Demonstrationen wurden mit brutaler Gewalt niedergestreckt, und als eines Abends eine größere Demonstration stattgefunden hatte, ließ der Bezirks- hauptmann eine größere Zahl Arbeiter zusammenfangen und diese, in Gruppen geteilt, durch die Boulevards der Haupt-

stadt schleppen. Die Wachmannschaft wandte auf dem Wege die schmerzhaften Handgriffe des Dru-Dritu an, die Hände der Arbeiter wurden nach rückwärts gedreht, sie wurden vor aller Welt gepeinigt, gestochen, geschlagen, und das Schmerzgeheul der Gequälten erfüllte die Straßen. Als Antwort auf diese Schreckens- nacht erfolgte statt der erwarteten „Beruhigung“ der Massen eine entschiedene Steigerung der Straßendemonstrationen, und am 8. Oktober kam es bereits zwischen Polizei und Arbeitern zu einer Straßenschlacht, die sich über das Gebiet der ganzen inneren Stadt erstreckte. Wegen der angeblichen Teilnahme an dieser Straßenschlacht sollten nun die Angeklagten des Budapesti Schandprozesses abgeurteilt werden, während die Verbände der Holzarbeiter und Metallarbeiter bereits im Dezember des verflochtenen Jahres auf längere Zeit suspendiert wurden, weil die angeordnete Untersuchung ergeben hätte, daß die Verbände durch Verteilung von Eisenstaben und Revolvern an die Oktoberdemonstrationen ihre Statuten übertreten. Die Budapesti Hauptverwaltung führte jedoch zu Enttäuschungen, die diese Begründung der Gewerkschaftsverfolgung als schmutzige Machts des Ministeriums des Innern erscheinen läßt.

Die Verhandlung enthielt vor allem, daß die „Beneise“ für die bezeichnete Statutenübertretung der Gewerkschaften auf den Holzarbeiter des Budapesti Holzgewerkschafts gesammelt wurden. Am 20. Jänner und Angeklagte stellten fest, daß den Verhafteten das falsche Geständnis, die Demonstration wäre von den Gewerkschaften organisiert und befohlen worden, mit der Tortur abgerungen wurde. Es wurden den Verhafteten die Abschlüsse der Parteibüchlein ins Gesicht geschlagen und erhielten keine Speise, bis sie das verlangte falsche Geständnis abgelegt hatten. Es konnte weiter festgestellt werden, daß Polizeibeamte in Zivilkleidung, auf der Brust das sozialdemo- kratische Parteibüchlein, während der Demonstration zum An- griff auf die Polizeibehörde ansetzten, um den Zusammenstoß wirkungsvoller zu gestalten; die Festnahme der dieser elenden Polizeilumperei gestattete es der Verteidigung, die Verantwortung der höchsten Behörde festzustellen.

Eine von der sozialdemokratischen Partei angestellte Unter- suchung ergab, daß ein Mitglied einer engeren Parteizentrale der Polizei als Vespil gel gedient hatte und daß die Polizei von allen beabsichtigten Demonstrationen vorher benachrichtigt wurde. Auf Grund dieser Tatsache stellte die Verteidigung an den Ver- treter der Polizeibehörde die Anträge, ob sie von den Vor- bereitungen zur Demonstration vorher Kenntnis gehabt habe. Der Vertreter der Polizeibehörde erklärte darauf, daß die Polizei in der Lage gewesen wäre, die Demonstration aus Grund der ihr zugegangenen Informationen vorzubeugen zu verhindern, daß sie es aber unterlassen habe, weil ihr keine entsprechende Weisung zugegangen ist. Nun, diese „entsprechende Weisung“ hätte nur vom Grafen Andrássy, dem Minister des Innern, ausgehen können und müssen, wenn sie ausgegeben ist, so ge- schah es, um die Oktoberdemonstration zu provozieren und den verhafteten „Demonstranten“ mit der Tortur Geständnisse ab- zupressen, die zur Suspendierung und eventuellen Auflösung der verhafteten Gewerkschaften hinreichen sollten.

Im Jahre 1907 wurde in Ungarn der Sturz des als Vorbell- abbolanten entworfenen Justizministers Kolonay darauf zurück- geführt, daß Graf Andrássy, der „erste Kavalier“ des Landes, es abgelehnt, mit dem Manne in einem Kabinett zu sitzen, der nachweislich für fliegende Münze Polizeifunktionen für Vorbelle erwidert hatte. Graf Julius Andrássy darf nunmehr seinem gewiesenen Ministerkollegen an die Brust sinken, stehen doch Spieß und Provokature keinesfalls moralisch höher, als — Vorbellagenten.

Parteinachrichten.

Das Protokoll des Leipziger Parteitag befindet sich in Vor- bereitung und wird in kurzer Zeit erscheinen. — Verteilungen bitten wir schon jetzt bei unserer Parteibuchhandlung aufzugeben.

Abgeleitete Reichsverbänder. Der christliche Gewerkschafts- sekretär Kuhn und der Sekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie Fleißmann, beide in Strassburg, hatten gegen den Genossen Arbeitersekretär Geiler in Stras- burg Klage erhoben. Sie fühlten sich beleidigt, weil sie Geiler gelegentlich der Gewerkschaftswahl im Jahre 1908 in einem

Flugblatt u. a. als Mitglieder des berühmten Reichsverbandes für Unwahrheiten bezeichnet hatte. Nach zweimaliger Verhand- lung stellte das Schöffengericht Strassburg das Verfahren ein, da die Privatkläger den Strafantrag veripatet eingereicht hatten.

Vom Straßonto der Presse. Das Schöffengericht zu Dort- mund verurteilte den Genossen Rottebohm von der „Arbeiter- zeitung“ wegen zweier Beleidigungen des Landrats Schulze- Bellum zu einem Monat Gefängnis und zu 50 Mk. Geldstrafe. Die „Arbeiterzeitung“ hatte in zwei Artikeln behauptet, Landrat Schulze-Bellum hätte sich als Abgeordneter des Landtags in der Sitzung vom 20. November v. J. in höhnender Weise über die Forderungen der Arbeiter ausgesprochen und als Geheimeschmied seine Beamten aufgefordert, Geheh und Recht mit Füßen zu treten.

Schwindelkassen. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte am 28. März die „Dresdener Volkszeitung“ eine Dar- stellung, die Regierungsrat Dr. Wächter in der Zeitschrift des Königl. Sächsl. Statistischen Landesamts gegeben hatte, worin die Kassenleistungen zweier Krankenkassen beleuchtet wurden, nämlich die der Bürgerlichen Krankenkassenver- sicherung in Leipzig und die der Deutschen Sterbeversicherungsgesellschaft in Barmen. Die Veröffentlichungen des Dr. Wächter zeigten an der Hand von Zahlen, daß bei diesen Kassen allein für Verwaltungsaufwand 55 resp. 60 Prozent der Einnahme draufgehen, und daß somit die Mitglieder für ihre Beiträge nur sehr geringe Gegenleistungen erhalten können.

Direktor Jungmann von der Leipziger Bürgerlichen Krankenkasse fühlte sich durch die Ueberschrift „Schwindelkassen“ beleidigt und stellte gegen den Genossen Gröblich die Klage an. Der Vertreter des Beklagten wies darauf hin, daß der Ausdruck „Schwindelkassen“ nicht in dem Sinne gebraucht sei, als wenn von den Leitern der genannten Kassen das Strafrecht verkehrt sei. Vielmehr sei die Bezeichnung „Schwindelkassen“ ein tech- nischer Ausdruck für solche Kassen, die, ohne das Strafrecht zu verletzen, günstige Bestimmungen der Statuten hervorheben und deren Nachteile verschweigen. Die Mitglieder würden durch Schikanieren zum Austritt veranlaßt. Der intimierte Aus- druck werde sogar in der offiziellen Begründung zum neuen Reichsversicherungsgezet gebraucht. Der Verteidiger bat, einen umfangreichen Wahrheitsbeweis zuzulassen. Zu diesem Zwecke sollten mehrere Sachverständige geladen werden. Auch die Gegenpartei beantragte die Ladung zweier Sachverständiger. Das Schöffengericht lehnte aber Beweisangebote als unerheb- lich ab.

Der Verteidiger des Klägers bemühte sich redlich, die hohen Verwaltungskosten der Kasse auf die Akquisition, Kontrolle und Propaganda zurückzuführen. Das Schöffengericht stellte sich auf den rein formalen Standpunkt und verurteilte den Angeklagten zu 100 Mk. Strafe eventuell 10 Tagen Haft und zur Veröffent- lichung des Urteils, da der Ausdruck „Schwindelkassen“ be- leidigend sei.

Gewerkschaftsbewegung.

Zusammenbruch des Gewerkschaftshauses in Kassel. Die bür- gerliche Presse begleitet die Mitteilungen vom Zwangsverkauf des Kasseler Gewerkschaftshauses mit hämischen Glossen. Von beteiligter Seite wird uns nun zu dem bekannten Vorfall mit- geteilt: Der Zusammenbruch des Gewerkschaftshauses ist auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen, die daraus ent- standen sind, daß es der Baugesellschaft nicht möglich war, außer der ersten Hypothek in Höhe von 300.000 Mk. weitere Hypothekengelder zu beschaffen. Infolgedessen war die Zins- belastung der Baugesellschaft so groß, daß sie — trotz des aus- gerechneten Geschäftsganges — ihren Verpflichtungen nicht nach- kommen konnte.

Als mit dem Bau begonnen wurde, war den Beauftragten der Gewerkschaften von verlässlicher Seite die Bestätigung von Hypothekengeldern bestimmt versprochen worden. Diese Versprechungen wurden nicht gehalten oder besser gesagt, konnte nicht gehalten werden, weil eine fürchterliche wirtschaftliche Krise einsetzte, die bis auf den heutigen Tag andauerte und viele gewichtige Unternehmungen, auch in Kassel, vernichtet hat. Alle Bemühungen des Vorstandes der Baugesellschaft, Hypo- theken zu beschaffen, waren vergeblich. Den Kasseler Gewerk- schaften weitere Opfer an dauernden Beiträgen aufzuerlegen,

würdigen Philosophen zu betrachten. Der Goldwäscher sah auch dabei kaum von seiner Arbeit auf, und nur als das Maultier eben so dicht an ihm vorüber kam, drehte er den Kopf etwas zur Seite und sagte: „Schlägt der Rader?“

„Nein“, lächelte der Doktor, „es ist ein ganz gutes Tier.“ „So? Die Bestien sind sonst verflucht flink mit den Hinter- beinen, und neulich hat mich eins hierher getroffen, daß ich acht Tage nicht sitzen konnte.“

Er machte dabei, ohne auch nur eine Miene zu verziehen, eine höchst bezeichnende Bewegung, und der Doktor konnte sich nicht helfen, er mußte gerade hinaus lachen.

„Ja, Sie haben gut lachen“, sagte der Goldwäscher, und arbeitete ruhig weiter.

Wie ihn Doktor Kaiser aber betrachtete, kam ihm das Ge- fühl bekannt vor, obgleich es schwer war, in seinem jetzigen Zu- stand bestimmte Züge herauszufinden. Der Burche hatte sich keinesfalls in den letzten fünf oder sechs Wochen rasiert, und wahrscheinlich auch in derselben Zeit nicht gewaschen. Ebenso lang trug er allem Anschein nach das Hemd, in dem er arbeitete, und unter dem alten zerlumpten Strohhute, der ihm möglicher- weise nichts zum Kopfstützen diente, schauten die langen strup- rigen Haare schmutzig nach einem Kamm hervor und freizien sich auch hier und da aus einzelnen Fessungen der Kopf- bedeckung heraus.

Es war das ächte, aber traurige Bild eines verwahrlosten Menschen, dem die Einwirkung von außen fehlte, um sein eigenes Selbst in Ordnung zu halten, wie auch die Kraft, das selber aus- sich heraus zu tun, wozu ihn andere vielleicht gezwungen hätten, ein Europäer, zu all den schlechten und allen Eigenschaften eines Indianers herabgekommen, ohne eine einzige seiner besseren dabei anzunehmen.

„Sagen Sie einmal, lieber Freund“, nahm der Doktor ent- schieden das Wort, „und wir beiden nicht einmal irgendwo zu- sammengetroffen?“

„Nicht daß ich wüßte, Herr Doktor“, antwortete der Miner.

„Ja, aber Sie kennen mich doch?“

„Ja ja“, erwiderte der Mann, „warum soll ich Sie denn nicht kennen? Wir haben ja die ganze lange Seereise mit- genommen.“

„Ja so“, lächelte Kaiser, „Ihr waret im Zwischenland?“

„Ich war so dumm“, erwiderte jener mit merklicher Frei- müdigkeit, „und bin in dem Warten nach diesem verdammt- kalifornischen Herübergeleiteten worden. Passage bezahlt und alles, und drei Speck und Erbsenbrü!“

„Aber hier seid Ihr doch hoffentlich für jene Entbehrungen und Beschwerden reichlich entschädigt worden.“

„Wer? Ich? Ich möchte wissen wo?“ brummte der Burche verächtlich in den Bart. „Nur so viel wußt ich, daß ich mit den neuen Hof in Hesselbach laufen konnte, und jetzt radere ich hier schon fünf Wochen in den Bergen herum, lebe wie ein Hund, arbeite wie ein Pferd, und habe noch nicht einmal genug zu

Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens
von Friedrich Gerstäcker.

72

24.

Alle Bekannte.

Einen alten Schiffsbekannten haben wir lange aus den Augen gelassen: den Doktor Kaiser, der schon vor Jahren in die Berge gegangen war, um seinen botanischen Forschungen obzuliegen. Später, wenn er in dem blumenreichen Lande „ge- erntet, wo er nicht geistet“, wie er meinte, gedachte er mit der ihm betrauten Familie in jenem Minenstädtchen, nach dem ihr Ziel lag, wieder zusammen zu treffen. An ein mögliches, ein- faches Leben von Jugend auf gewöhnt, hatte der alte Mann auch nicht viel Bedürfnisse, und mit der wundervollen, ihm ganz neuen Flora um sich her, ließ er es sich gern gefallen, mit ein- brechender Nacht entweder in dem einzelnen Zelte eines zufällig aufgefundenen Goldwäschers zu übernachten, oder auch, wenn es eben nicht anders ging, unter einem Baum mitten im Walde auszurufen. Das Maultier, das er für seine Sammlungen, für seine Denen und sein Hochgehirn mit sich führte, weidete dann das Gras in seiner Nähe ab, und am nächsten Morgen, wenn der Tau abgetrocknet war, zog er fröhlich weiter. Die Goldwäscher, denen er hier und da begegnete, oder zu denen er selber kam, wunderten sich freilich, einen Mann dort in den Bergen umher- streifen zu sehen, der weder Spitzhute, noch Schaufel, noch Planne mit sich führte, und eben nur Pflanzen mit der Wurzel auszurufen und in seine Melchbüchse oder dazu gehaltene Papiere legte. Der alte Mann hatte aber etwas so Unständiges und Freundschaftliches in seinem ganzen Wesen, daß ihm niemand ein bößliches Wort darüber zu sagen wagte; im Gegenteil gaben ihm selbst die Amerikaner häufig Stellen an, wo sie ihnen auf- gefallene Blumen und Pflanzen gefunden hatten.

So war er etwa fünf bis sechs Tage in den Hügeln herum- gestiegen, und mit der gemachten Ausbeute so zufrieden, daß er beschloß, seinen Kurs nach dem Paradies zu halten. Dort ge- dachte er eine Zeitlang bei Sektions zu bleiben, die Flora in der Nachbarschaft zu untersuchen und dann seinen Stab weiter zu setzen. Wohin, blieb sich ziemlich gleich, wenn er nur Neues fand für seinen Zweck. So wenig schien er sich aber bis jetzt um irgend eine Richtung, der er folgte, bestimmt zu haben, daß er gar keine Ahnung hatte, ob er sich östlich, westlich, nördlich oder südlich vom sogenannten „Paradies“ befand. Er mußte deshalb also erst sehen, daß er irgend jemanden im Walde traf, der ihm die Richtung dorthin angeben konnte. An einer ziemlich offenen Bergwand mit seinem Tier am Bügel langsam hinschreitend, entdeckte er da unten im Tal einen einzelnen Goldwäscher. Das fiel ihm jedoch nicht besonders auf, denn so viel hatte er schon

von kalifornischen Minenleben kennen gelernt, daß sehr häufig einzelne, mit der Stelle, an der sie bis dahin gearbeitet, nicht recht zufrieden, ihr Handwerkzeug und einige Provisionen auf die Achsel nahmen und aus Geratewohl in die Berge hinein- zogen, um an anderen Stellen zu graben und sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen. Den gefunden, gingen sie dann zurück, holten ihr Best und anderes Gechirr nach, und siedelten sich zeitweilig an der neuen Stelle an.

Der Art Männer wußten aber auch gewöhnlich vortrefflich in der Nachbarschaft Versteck, die sie vielleicht schon wochenlang durchzogen hatten, und Doktor Kaiser beschloß deshalb, hier zu- tal zu steigen und sich bei dem Manne nach seinem „verlorenen Paradies“, wie er lachend vor sich himmelte, zu erkundigen. Unterwegs, an dem schattigen Berghang, fand er freilich wieder manche Blüme, die ihn aufhielt und fesselte, und so war es dann ziemlich Mittag geworden, ehe er das eigentliche Tal selber, und damit auch den einzelnen Goldwäscher erreichte, der ganz still und heimlich das kleine Bergwasser nach seinen Schätzen unterfuhr. Doktor Kaiser malte sich auch in seiner gemü- tlichen Weise schon ein Bild von dem Manne aus, ein abgehar- ter Amerikaner, der hier zufällig den reichsten Boden gefunden hatte und das kostbare Metall in Masse aus der Erde wusch. Vielleicht war er schon jetzt in Veranlassung, wie er, unbemerkt von bösen Menschen, das wertvolle Gewich nach San Francisco schaffen sollte, und brütete dort unten über seinem Schatz, den er wie ein Argus bewachte, ohne zu wagen, ihn zu verlassen. Mög- lich, daß der Unglückliche solcher Art in der Wildnis verdammt war. Der Mann arbeitete, ihm den Rücken zugekehrt, und auf dem weichen Boden und bei dem Rascheln und Schütteln seiner eigenen Maschine konnte er die Schritte des Nahenden nicht auf hören. Doktor Kaiser war denn auch ganz geräusch- los an ihn herangekommen, und fürchtete jetzt nicht mit Unrecht, ihn durch einen plötzlichen Anruf zu erschrecken, wonach er dann vielleicht eine jedenfalls neben ihm liegende gewandte Bielle oder einen Revolver aufgreifen und in die Höhe springen würde. Mit einem leisen Anflug gutmütiger Rederei freute er sich aber auch wieder auf diesen Moment, und da das Maultier ebenfalls ganz still dicht hinter seinem Herrn hergegangen war, so hatten die beiden den Goldwäscher auf kaum fünf Schritt erreicht und ihn also förmlich überrollt, ohne daß er auch nur eine Ahnung von ihrer Nähe haben konnte. Nun hatte er ihn, wie er ihn haben wollte, und rief mit ziemlich lauter Stimme: „Guten Morgen!“

Unstätt aber in einem panischen Schreck sich emporzurheben, wie es sich der Doktor gedacht, blieb der Mann, ohne auch nur den Kopf umzudrehen, ruhig sitzen und antwortete bloß, als ob er irgend einem Bekannten auf der Straße begegnet wäre, eben- falls in deutscher Sprache: „Guten Morgen!“

„Nun, das nenne ich kalifornisch“, lächelte Doktor Kaiser still in sich hinein und schritt jetzt an dem vollkommen dagegen gleichgültigen Burche dicht vorbei, das Gesicht eines so mert-

um die laufenden Verpflichtungen decken zu können, erschien un-
tunlich, da alle Sanierungsversuche als aussichtslos angesehen
werden mußten, nachdem sicher festgestellt, daß Hypotheken in
ausreichender Höhe nicht zu bekommen waren, andererseits aber
die Rückzahlung der Bankgelder verlangt wurde.

Der Kampf im Baugewerbe in Ederförde ist beendet. Nach-
dem wiederholt Verhandlungen mit den Unternehmern geführt
wurden, auch der Bürgermeister selbst mann sich vergeblich
bemühte, vermittelnd einzugreifen, haben am 20. September
auf neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden.
Endlich haben sich nun die Unternehmer herbeigelassen, den
Arbeitern ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Es wurde
mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen vereinbart, den
Lohn für Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiter am
1. Oktober 1909, am 1. Januar und 1. April 1910 je um 1 Pfg.
pro Stunde zu erhöhen, dann soll am 1. April 1911 eine weitere
Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfg. erfolgen, so daß vom
zuletzt genannten Termine ab der Stundenlohn für Maurer-
oder Zimmerer 55 Pfg. und für Bauhilfsarbeiter 45 Pfg.
beträgt. Der Streik im Baugewerbe in Ederförde dauerte
über 10 Wochen.

Der Streik der Pfisterer in Würzburg ist nach 15wöchiger
Dauer zugunsten der Arbeiter entschieden worden, trotzdem das
Scharfmachertum und die städtischen Behörden hier in trauriger
Harmonie gegen die Arbeiter zusammenstanden. Erreicht wurde
die gänzliche Beseitigung der Unordnung, die bisher domi-
nierend war und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfg.

Die Kosten magistraler Gewaltpolizei. Der Fie-
ler Magistrat hat seine Streitrechnung aufgestellt und sie der
Sitzung der städtischen Kollegien, die Dienstag, 21. September,
abends, stattfand, vorgelegt, damit die Stadtvorordneten nach-
träglich die ohne ihre Zustimmung verfassungswidrig ausge-
gebenen Gelder bewilligen. 108.307,13 Mk. Mehrausgaben sind
entstanden, darunter 12.454,88 Mk. für die Anwerbung der
Streikbrecher 57.480,77 Mk. für deren Verpflegung und 9760 Mk.
für die Bewachung der Betriebe. Der Magistrat will aber
andererseits wieder Ersparnisse gemacht haben durch Beschäfti-
gung von weniger Arbeitern, so daß er nur die Bewilligung von
72.471,77 Mk. verlangt. Der Magistrat erwartet auch noch
Ersparungen dadurch, daß allen nach Verdingung des Streiks
neueingestellten oder wieder eingestellten Arbeitern nur der An-
fangslohn gewährt wird, daß die Arbeiter keinen Urlaub er-
halten und demgemäß auch keine Stellvertreter zu befehlen
sind, auch daß in Krankheitsfällen auf Grund der Lohnfort-
zahlungsbestimmungen die Weiterzahlung des Lohnes nur in be-
schränktem Maße stattfindet.

Brutaler hat sich wohl nie ein Scharfmachertum benommen.
Die Begründung der Vorlage durch den Bürgermeister Linde-
mann war sehr schwach. Unsere Genossen Adler, Riendorf,
Kubitz und Cappel nahmen die Gelegenheit wahr, dem Magistrat
die Anlagen ins Gesicht zu schmeißen, daß er die städtische Ver-
fassung gebrochen, das Recht der Stadtvorordneten mit Füßen
getreten und in den städtischen Betrieben die schlimmste Schar-
macherei durchgeführt habe. Die bürgerlichen Stadtvorordneten
oder standen einmütig auf der Seite des Magistrats.

Schließlich gelang es unseren Genossen nach einstündiger
Diskussion auf Grund der Geschäftsordnung die Aushebung der
Vorlage durchzusetzen.

Für die nächste Sitzung liegen zwei Anträge unserer Ge-
nossen vor, der eine verlangt die Einsetzung einer Kommission,
der der Magistrat das gesamte Material über die Abrechnung
des Streiks vorlegen soll, der andere fordert die Wiedereinstellung
der wieder eingestellten Arbeiter in die Rechte, die sie vor dem
Streik auf Grund des Dienstalters erworben hatten.

Ein eigenes Heim wird sich der Zentralverband der Maurer
Deutschlands in Hamburg errichten. Der Verbandsvorstand hat
in Borgfelde, Ecke der Wall- und Claus-Großstraße ein
größeres Grundstück erworben, auf welchem ein Verbandsheim
errichtet werden soll.

Christliche Erbschneider. Zu je 50 Mk. Strafe und zur
Tragung der Kosten verurteilte das Amtsgericht Mannheim
den Redakteur Hermann vom Verbandsvorstand des christ-
lichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg,
sowie den Redakteur Kraus vom katholischen „Volksblatt“ in
Mannheim. Anlässlich der Volksbewegung in Mann-
heim lehnte es der Metallarbeiterverband ab, die christlichen
Führer zu den Verhandlungen zuzulassen, da bei diesen nur 42
Schlosser organisiert waren. Dafür rächten sich die Christen-
führer mit einem in vielen Blättern nachgedruckten Artikel, in
dem Genosse Schneider, der Geschäftsführer der Metall-
arbeiter, scharf angegriffen wurde. Unter anderem war be-
hauptet worden, daß er streikenden Arbeitern anstatt Unter-
stützung Schläge mit dem Knüttelschwanz angedroht habe. Diese
Behauptung konnten die Christenführer, nachdem Schneider mit
Beleidigungsklage vorging, nicht beweisen.

Die bürgerliche Gewerkschaftsbewegung hat im letzten Ge-
schäftsjahr tüchtige Fortschritte zu verzeichnen. Es wurden ge-
gründet: 11 Gewerkschaften mit 2652 Mitgliedern, 6 gewerkschaft-
liche Syndikate mit 270, 20 gemischte Organisationen mit 502

Mitgliedern. Es gab, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ mit-
teilt,

	Vereini- gungen	Mit- glieder	Indu- striearbeiter	Hand- werker	Transp- ortarbeiter
1904/05	42	1500	421	991	88
1906/07	55	1689	676	899	114
1908/09	98	3424	1884	1007	521

Landwirtschaftliche Arbeiter waren 12 (i. S. 2) organisiert.
42 Abwehr- und 37 Angriffsstreiks mit 5660 Beteiligten wur-
den geführt, davon 10 mit vollem, 18 mit teilweisem, 51 ohne Er-
folg. Die Gewerkschaftspresse umfaßt 8 Blätter, darunter Tri-
gane der Bergarbeiter mit 1000, der Post- und Telegraphen-
arbeiter mit 885, der Eisenbahner mit 759 Abonnenten. „Heute
gibt es kein industrielles Unternehmen, in das die Agitation nicht
hineingedrungen wäre“, sagt der Bericht des allgemeinen Ar-
beiterverbandes, der auch für die Zukunft Weiterzweigen er-
wartet.

a. k. Der Kampf des Stahlstruffs gegen die Gewerkschaften.
Pierpont Morgan sucht seine Drohung, daß er jede Art
Gewerkschaft in den Werken seines Trusts vernichten werde,
wahrzumachen. Die Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter haben
sich zur Bewilligung der „offenen Betriebe“ (offen für Nicht-
organisierte) berufen müssen. Und den Mannschaften der
Binnenschiffahrt wie den sonstigen vom Trust beschützten Ar-
beiterkategorien ist der Bescheid geworden, daß Organisierung
überhaupt nicht mehr eingestuft werden. Der Trust bietet
qualifizierten Arbeitern langfristige Arbeitsverträge bei er-
höhtem Lohn, sofern sie ihre Verbände verlassen. Wie die
Leiter der Gewerkschaften mitteilen, haben bisher nur wenige
dieses Anerbieten angenommen. Doch wollen die Verbände der
Metallarbeiter eine engere Vereinigung bilden, um den An-
schlag der Riesenkapitalisten gegen ihr Koalitionsrecht abzu-
wehren. Man darf also neuen Riesenkämpfen entgegensehen,
zumal bereits Lohnerminderungen von 2 bis 18 Prozent einge-
leitet sind.

Militärisches.

Militärische Aufwiegelung. Schwere Beischuldigungen wurden
gegen einen Vizefeldwebel und zwei Unteroffiziere erhoben, die
sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebrigade
zu verantworten hatten. Unter der Anklage der Aufwiegelung
standen der Vizefeldwebel Memes sowie die beiden Unteroffiziere
Stahn und Lichtenberg, sämtlich von der 12. Kompanie des
Garde-Füsilierregiments. Unter den in der Anklage enthaltenen
11 Strafsparagrafen befindet sich auch der § 100 des Reichs-
militärstrafgesetzes. Er droht solchen Personen, die andere dazu
auffordern oder anreizen, gemeinschaftlich dem Vorgesetzten
den Gehorsam zu verweigern oder sich ihm zu widersetzen, wegen
Aufwiegelung Gefängnisstrafe nicht unter fünf Jahren und
wenn durch die Handlung ein erheblicher Nachteil entstanden ist,
Gefängnis nicht unter zehn Jahren an. Wie aus der Anklage
hervorgeht, hat sich das Garde-Füsilierregiment in den letzten
Tagen des Juni d. J. zur Übung in Döberitz aufgestellt. Am
26. Juni hatte die 12. Kompanie unter der Leitung des Leutnants
v. Bircher gelebt. Leutnant v. B. kommandierte unter
anderem, Tritt zu fassen und Richtung zu nehmen. Wie nun
die Anklage annimmt, hat der Vizefeldwebel Memes dies zu
verhindern versucht. Er forderte die Leute auf, nicht Tritt zu
fassen, nicht zu marschieren und auch keine Richtung zu nehmen.
In dieser Handlungsweise erblickt die Anklage das Verbrechen
der Aufwiegelung Untergeordneter gegen einen Vorgesetzten. Memes
wird ferner beschuldigt, Vorgebote in der größten Weise be-
leidigt zu haben. Am 27. Juni, also am Tage nach dem er-
wähnten Vorgang, tat er dem Leutnant v. Bircher gegenüber
beleidigende Äußerungen, die an dieser Stelle nicht wieder-
gegeben sind. Auch gegen einen anderen hohen Vorgesetzten, die
Anklage vermutet, daß hier der Regimentskommandeur gemeint
gewesen sei, erging sich der Vizefeldwebel in groben beleidigenden
Äußerungen. Schließlich legt ihm die Anklage noch eine Reihe
von Mißhandlungen Untergeordneter zur Last. Sie nimmt neun
Fälle an, die teilweise unter Mißbrauch der Waffe und während
der Ausübung des Dienstes ausgeführt worden sind. Die
beiden mitangeklagten Unteroffiziere Stahn und Lichtenberg
werden beschuldigt, ihren Angehörigen gegen den Befehl des
Leutnants v. Bircher dadurch fundgegeben zu haben, daß sie,
entgegen der Aufforderung des Vorgesetzten, Tritt zu fassen, nicht
Tritt annahmen und nicht marschierten. Auch dem Unteroffizier
Lichtenberg werden vorwiegend förderliche Mißhandlungen an
Untergeordneten zur Last gelegt. Bei ihm nimmt die Anklage
acht Fälle an, die gleichfalls zum Teil unter Mißbrauch der
Dienstwaffe während des Dienstes geschehen sind. Von der Ver-
handlung, die durch Kriegsgerichtsrat Herbolzer geleitet wurde,
waren nicht weniger als 50 Zeugen erschienen. Auf Grund der
eingehenden Beweisaufnahme hielt das Gericht alle Angeklagten
im Sinne der Anklage für überführt, und es erlachte dem-
entsprechend auch auf hohe Strafen. Vizefeldwebel Memes
wurde wegen Aufwiegelung, wegen Beleidigung von Vorge-
setzten in zwei Fällen, sowie wegen Mißhandlung Untergeordneter
und vorverschärfte Behandlung in neun Fällen zu einer
Gesamtstrafe von fünf Jahren und einem Monat Gefängnis

und links abgegrabenen Damm, sah sich aber auch dort ver-
gebens nach einem Zeit und schaute ungewiss nach dem Mann
zurück.
Gleich hinter dem Baum, sag ich Ihnen ja,“ rief aber dieser,
und der Doktor, der noch ein paar Schritte nach vorn machte,
sah sich im nächsten Augenblick der Höhe dieses wildgeworde-
nen deutschen Staatsbürgers gegenüber.“ (Fortf. folgt.)

England und englische Verhältnisse.
Reise-Flaubereien von A. D. H.

III.
Nach den Shetland- und Orkney-Inseln.

Ein Wunderwerk der Baukunst ist die etwa 15 Kilometer
landeinwärts von Edinburgh über den Firth-Joch sich span-
nende Brücke. Sie hat allerdings auch 60 Millionen Mark ge-
kostet. Bei 257 Meter Gesamtlänge wurden eine Million
Zentner Eisen hineingebaut, fast 400 Zentner auf das laufende
Meter. Die Konstruktion der gewaltigen Eisenbogen zwischen
den 520 Meter von einander entfernten Pfeilern ist derart, daß
das eigene Gewicht dazu beiträgt, der Brücke die Festigkeit zu
geben. Das Bahngesetz liegt 46 Meter über dem Hochwasser-
spiegel des Stromes, so daß auch Segelschiffe mit den höchsten
Masten durchfahren können. Die Stahlträger an beiden Seiten,
aus denen die riesigen Bogenkonstruktionen hervorgehen,
besitzen eine Höhe von 110 Metern. Es ist die großartigste Brücke
der Erde; sie wurde nach achtjähriger Bauzeit 1890 vollendet;
theoretische Berechnung, konstruktive Technik und kraftvolle Ar-
beiterarmee haben in ihr ein Werk geschaffen, das den Besucher
mit Bewunderung erfüllt.

Eine kurze, zwölftägige Seefahrt brachte uns nach Aber-
deen, der Hauptstadt Nordschottlands mit reichlich 150.000
Einwohnern. Die reine Granitstadt. Die Häuserreihen ganzer
Straßen nur aus grauen Granitblöcken errichtet, die in nahen
Steinbrüchen gebrochen werden. Der Stein verleiht den
Straßen einen strengen, unfreudigen Charakter. Die Kunst,
den Granit zu schleifen, war zwar den alten Ägyptern bereits
bekannt, denn aber Jahrtausende lang verloren gegangen, bis
sie vor beiläufig hundert Jahren von einem Bürger der Stadt
Aberdeen wieder entdeckt wurde.

Ungewöhnliche Mengen von geschliffenem Granit werden jetzt
jährlich von Aberdeen aus verhandelt. Ueber 90 Firmen mit
vielen Arbeitern befassen sich hier mit der Granit-Industrie.
Ein eindrucksvolles Denkmal ist neben hübschen Anlagen dem
schottischen Zell William Wallace errichtet worden, der vor 600
Jahren Schottland von englischer Herrschaft befreite, dann aber
von den Engländern gefangen und bei London hingerichtet
worden ist. Der riesige Granitblock, auf welchem die Relief-
figur des Wallace sich erhebt, trägt Inschriften des Volksheiden.
Hier ist einer: „Ich jage die eine Wahrheit: die Freiheit ist das
beste, mein Sohn. Lebe niemals unter irgend einer Sklaven-

verurteilt. Auch wurde die Degradation gegen ihn ausge-
sprochen. Gegen den Unteroffizier Stahn wurde auf zwei Jahre
Gefängnis erkannt. Bei ihm nahm das Kriegsgericht „Er-
kennen eben des Angehörigen vor verammelter Mannschaft“
an. Wegen des gleichen militärischen Vergehens sowie wegen
Mißhandlung und vorverschärfte Behandlung Unter-
geordneter in neun Fällen erhielt Unteroffizier Lichtenberg zwei
Jahre und einen Monat Gefängnis. Auch die beiden Unter-
offiziere wurden degradiert. Die Verteidigung der Anklage-
begründung fand gleichfalls wegen Gefährdung militärdienst-
licher Interessen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Diese enormen Strafen wurden nach einer Verhandlung
gefällt, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Die
„Öffentlichkeit“ des Militärgerichtsverfahrens ist der reine
Böhm! Wo die Öffentlichkeit besonderes Interesse hätte, etwas
über den Tatbestand zu erfahren, wird ihr die Tür vor der
Nase zugeklappt!

Zwei der drei Angeklagten sind nicht nur wegen Aufwiege-
lung, sondern auch wegen Mannschafsmißhandlung verurteilt
worden. Leider erfahren wir durch die Berichterstattung nur in
einem Falle, wie hoch man das eine und das andere Vergehen
gewertet hat. Der Unteroffizier Lichtenberg erhielt — der
Vergleich mit dem Strafmaß des Unteroffiziers Stahn ergibt
das — wegen einer Disziplinmüßigkeit zwei Jahre, wegen
Mannschafsmißhandlung einen Monat Gefängnis! Mit ab-
normem Maße mögen auch die Vergehen des Vizefeldwebels
Memes gemessen worden sein!

Oberst Geier vor dem Kriegsgericht. Posen, 23. Sept.
Vor dem Oberkriegsgericht des 5. Armeekorps hatte sich gestern
Oberst Geier vom 155. Infanterie-Regiment in Ostrowo zu ver-
antworten, der gegen das Urteil des Kriegsgerichts der 10. Divi-
sion, durch das er wegen Vornahme unangestellter Handlungen an
Soldaten unter 14 Jahren zu neun Monaten Gefängnis und zur
Dienstentlassung verurteilt worden war, Berufung eingelegt
hatte. Den Vorsitz führte Generalmajor v. Westermarck. Die
Verhandlung fand wiederum wegen Gefährdung militärdienst-
licher Interessen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der
Angeklagte war mit Degen und zahlreichen Orden geschmückt er-
schienen. Ein Ehepaar Jagd aus Charlottenburg, das längere
Zeit in Kolberg zur Kur weilte, machte von seinem Strandbörse
aus zu wiederholten Malen die Wahrnehmung, daß der Ange-
klagte, der seinerzeit im Infanterie-Regiment Kolberg Oberst-
leutnant war, Kinder, die an den am Strande aufgestellten
Turn- und Klettergeräten ihre kindlichen Übungen anstellten,
dabei herabgehoben hat, wobei er sie unmittelfach berührte. Nach
fast achtstündiger Dauer wurde die Verhandlung mit Rücksicht
darauf, daß der Anklagevertreter auf den Zeugen Chemann
Jagdt, der wegen eines Meinungsbruches am Erscheinen verhindert
war, nicht verzichten zu können erklärte, bis zur Wiederherstel-
lung des Zeugen vertagt.

Vermischtes.

Ein spät eingestandener Mord. Stuttgart, 23. Sept.
Eine geheimnisvolle Mordaffäre scheint nach nunmehr sechs
Jahren ihre Auflösung zu finden. Nach einer Mitteilung der
hiesigen Staatsanwaltschaft hat der 42 Jahre alte, ledige Gürtler
Paul Göde von Niederplank bei Zwindau in einem außer-
gerichtlichen Geständnis erklärt, daß er Ende 1903 mehrere Kilo-
meter von Stuttgart entfernt auf der Landstraße bei Calw im
Schwarzwald einen Radfahrer erschlagen und dessen Briefstache,
in der sich einige Papiere, eine Photographie mit dem Aufdruck
„Norwic“, sowie 1100 Mark Bargeld befanden, geraubt habe.

Jugentgleitung. Herbesthal, 23. Sept. Infolge einer
Jugentgleitung in dem Tunnel vor Verber, wobei drei Per-
sonen verletzt wurden, ist der gesamte Eisenbahnverkehr zwischen
Belgien und Deutschland seit 10 Stunden unterbrochen.

Unwetter. Paris, 23. Sept. Neue heftige Unwetter sind
vergangene Nacht im Süden Frankreichs niedergegangen. Die
Gewitter haben besonders unheuren Schaden in den Departementen
Bouches du Rhone, Var, Alpes, Bas de la Gironde, Gard usw.
angerichtet. Im Departement Hérault ist die gesamte Wein-
ernte vernichtet. Die Einwohner waren, als das Unwetter aus-
brach, mit der Weinschele beschäftigt. Sämtliche Flüsse sind aus
ihren Ufern getreten, mehrere Personen wurden vom Blitz er-
schlagen. Im Departement Gard sind fünf Frauen ertrunken.

Selbstmord beim Ball. Petersburg, 23. Sept. Auf
einer Soiree, die mit einem Ball verbunden und von dem ruf-
fischen General Schleppelew veranstaltet war, erschloß sich eine
junge hübsche Engländerin, Miss Slott, vor den Augen der
Gäste während eines Walzers. Sie entnahm den geladenen
Revolver aus dem Schreibtisch des Generals und gab sich
damit den Tod. Angeblich soll sie aus hoffnungsloser Liebe zu
dem General den Selbstmord verübt haben.

Ueberschwemmungen. Konstantinopel, 23. September.
Ueberschwemmungen zufolge haben im Bezirk Doms in Syrien
Ueberschwemmungen großen Schaden angerichtet. Etwa 100
Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

teite.“ — Mit Kreide war auf die breiten Steinplatten am Fuße
des Denkmals in ungefügiger Schrift geschrieben:
Josyph Falkirk will speak her on Thursday of 8 Socialism
(Josyph aus Falkirk wird Donnerstagabend 8 Uhr hier über
Socialismus sprechen.) Die Verammlung wurde an dem
Abend meines Dortseins stattgefunden haben. Aber das Schiff
sehte bereits mittags seine Fahrt weiter nach Norden fort, und
drei Tage bis zum nächsten Schiffe zu warten, wäre zu viel des
Guten gewesen. Ueberall regt sich jetzt auch in England die
sozialdemokratische Agitation, und man darf unseren dortigen
Genossen das Lob spenden, daß sie in Wort und Schrift eindring-
lich zum Proletariat reden. Da in England jeder auf freiem
Platze oder offener Straße Reden halten kann, wann und wo
er will, steht das mit Kreide auf Steinplatten geschriebene
Inferat nur ein polizeifreies deutsches Gemüt in Staunen.
Der Engländer liest es und kommt oder kommt nicht zur Ver-
sammlung; jedenfalls findet er nichts Auffälliges an dieser Art
der Einladung. Auch damit ist er einverstanden, daß sich an
den Straßenlaternen kleine Lichtschilde finden mit der Auf-
schrift:

Please, not to spit on the footpath

(Gefälligst nicht auf den Fußweg spucken), eine Vorschrift, die
man übrigens auch in anderen englischen Städten, nicht in allen,
findet. In London ist sogar das Auspucken im Straßenbahn-
wagen mit 1 Pfund (20 Mark) Strafe bedroht. Die Suppe
wird freilich auch hier nicht so heiß gegeben, wie sie geschloft ist.
— Dagegen wird sehr streng beachtet ein Gesetz, das in allen
Bars, Restaurants und sonstigen Verkaufsstellen von Spiritu-
osen als Plakat ausgehängt ist und welches besagt: Wer
Kindern Spirituosen verabreichen läßt, zahlt 2 Pfund (40 Mark)
Strafe; wer sie verabreicht, zahlt 5 Pfund (100 Mark). In
dieser Frage versteht man in England keinen Spaß. Wer er-
wischt wird, muß zahlen.

In einer Matrosenkolonie am Hafen stellte sich uns der
Wirt, der an unseren Rückfällen die Deutschen erkannte, als
Landmann aus Schwaben vor. Seit über zwanzig Jahren war
er drüben; er befand sich offenbar sehr schau.

Und wieder führte uns das Schiff einige hundert Kilometer
weiter nach Norden. Diesmal lernte ich aber das Tanzen ordent-
lich; denn mit der anbringenden Flut vereinigte sich eine recht
steife Brise. Die kleine Kuchschale, auf der wir uns befanden,
verneigte sich zwar höflich nach allen Seiten; doch der Sturm
ließ nicht nach. Er piffte uns die Ohren und warf Spirituosen
auf das Deck, das allen Landratten anders zu Mute werden
konnte. Frei zu stehen war unmöglich. Selbst wenn man auf
einem Hebelstuhl saß, war man nicht sicher, umgekippt zu wer-
den. Und erst unten in der zweiten Kajüte! Die Szenen von
Seefrankheit! o je! Und begehre immer und immer zu
schauen... Aber prächtig war die Fahrt trotzdem. In der
Nacht legte sich der Wind, und der nächste Morgen bot uns die
ersten Klüften- und Klippenbilder der nördlichen Inselgruppen
Englands, der Orkney- und Shetland-Inseln.

Abonnementpreis

für Vierteil und Umgehend, f
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezog-
lich. 1,80 Mk. vierteljährlich exkl.
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags

Preis pro Anschlag Nr. 353

Nr. 224.

Der Leipziger Parte
Die Beratungen, die er g
der bisher die Partei be

Nunmehr tritt an

zu wirken, um neue Erfolge

Das verfloßene Ge

glieder zugeführt, aber wi

vornwiegend der außerord

Partei zu danken, währen

Dieser Rückgang wi

ist leider eine sehr große

gingen, so hätten anderer

teilweise selbst die ersten

lichen Parteimitgliedern e

Daselbe ist von de

Rückgänge zu verzeichnen,

Nach beiden Richtun

in der jetzigen Jahreszeit

Partei. Kein Rückschritt;

Ist es wahr, was mi

Reichstag bestätigen, daß

egoismus differtierten Steuer

dürfen auch die Erfolge n

Parteigenossen und in der

Keine öffentl
in der m

In Anbetracht die
kleinliches Parteigedank be
kraft der Partei schädigt.

Sachliche Differenz
den Kreis öffentlicher Er

Parteigen

Berlin, im

Stenerv

Bei dem Beschlusse de
Schwachsinnig ist an die
die das institutionelle un
früher verurteilt hat. Es i
zurückzukommen.

Am 9. November 1848
Verfassung mit dem König
auch preussische Nationalv
der berichtigten Kammer
burg mit Waffengewalt an
Verammlung hatten dem
wurde sie beilegt, sobald
nügen erlärte war. Am
Berlin umhergetrieben, an
lichten Sitzung mit dem
Philipps und Schornbaum
sterium Brandenburg sei
solange die Verammlung
Berlin fortziehen könne.

Dieser Beschluß rief ei
heroor. Aber die Verjam
jorgt, der Volksbewegung,
Liberalismus zu weit geber
Demokratisch-Konstitutione
nossen, welche die Wehrbe
schon vorher alles getan,
Kruppen der Reaktion obn
mehr zur Niederlegung der
schieden, wurde der „paßte
der unter solchen Umstän
gang führen konnte, wie es
mals in Köln an der Spi
wirkte, beurteilte diese Kri
sinnig, soleglich ganz richtig.
tätlich zur Steuerbeweise
das Recht der Berliner Be
bedarf vor Gericht kamen.
Steuerbeweise als e
lutionärem Boden ausgetr

Ein Teil des Volkes
schlüsse nachaufkommen, de
demokratisch gefinnter Bau
und Neubebauungen an
Marx und seine Genossen
haben Schulz-Delich und
Widerstand“ der Entwidi